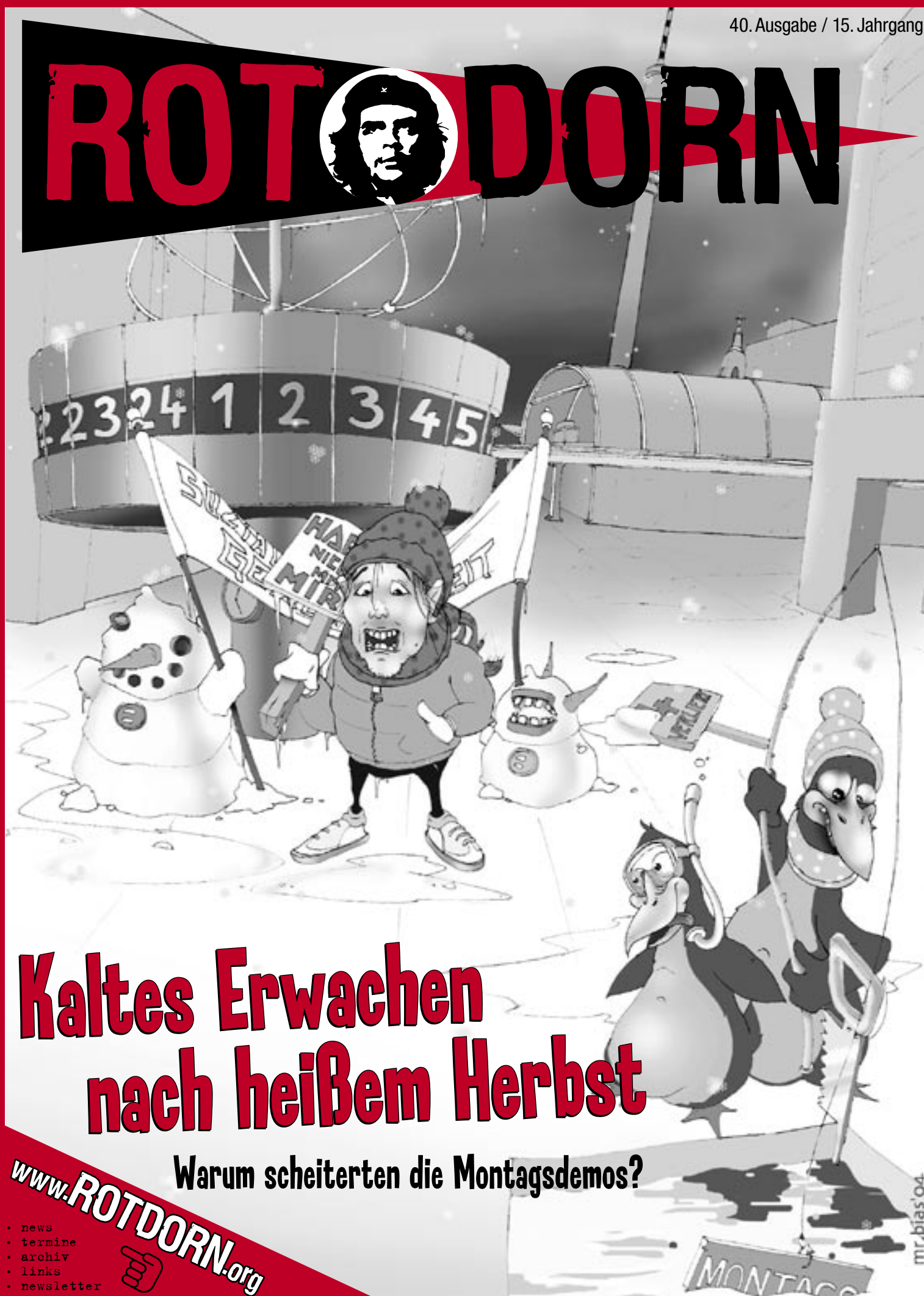


ROTDORN



Kaltes Erwachen nach heißem Herbst

Warum scheiterten die Montagsdemos?

www.ROTDORN.org

- news
- termine
- archiv
- links
- newsletter



Geneigte Leserin, geneigter Leser!

Am 01. Januar 2005 trat das neue Arbeitsmarktregulierungsgesetz, besser bekannt als „Hartz IV“, in Kraft. Damit hat sich die Lebenssituation von Millionen Menschen drastisch verschlechtert. Die neuen Bescheide haben die Betroffenen erreicht.

Wieder trifft es die Schwächsten der Gesellschaft. Neben der durchgezogenen Gesundheits- sowie Steuer„reform“(zur Erinnerung: höhere Zuzahlungen, Praxispauschale, weniger Leistungen der Krankenkassen, Senkung des Spitzensteuersatzes usw. usw.) stellte die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie die Schaffung eines radikalen Niedriglohnsektors mit Ein-Euro-Jobs und verordnetem Arbeitszwang eine weitere „Glanzleistung“ der Sozialabbauer von Rot-Grün, Merkel, Guido und Konsorten dar.

Wenn die Geringverdiener weiterhin als Erste belastet werden, den Arbeitslosen der letzte Euro aus der Tasche gezogen wird, und diejenigen, denen der Spitzensteuersatz gesenkt wird, mit ihrem Profit ihr Geld zur Bank und an die Börse schleppen, wird das erklärte Ziel, neue Arbeitsplätze, nicht erreicht werden. Es dient lediglich als Pseudolegitimierung des Sozialabbaus.

Der Staat verzichtet durch die neuerlichen Steuergeschenke für Besserverdienende auf notwendige Einnahmen für Bildung, Konsolidierung von Renten- und Sozialsystemen die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen und verordnet stattdessen eine bereits heute absehbar steigende Kinderarmut und die Zerstörung wichtiger sozialer Infrastruktur.

Das ist ein Skandal! Aber leider die Realität der Bundesrepublik Deutschland anno 2005.

Deshalb haben wir den massiven Sozialabbau in den Mittelpunkt dieser Ausgabe gestellt. Von verschiedensten Seiten beleuchten wir das neoliberale Phänomen.

Auch zu den Landtagsgewinnen der Rechten in Sachsen und Brandenburg nehmen wir Stellung und wollen an dieser Stelle auch alle BerlinerInnen zur Lichterkette zum Gedenken an die Befreiung von Auschwitz in Pankow einladen (siehe Terminseite).

Wie gewohnt erwartet Euch eine Fülle von Themen.

Schreibt uns Eure Meinungen auf der Postkarte der letzten Seite. Wir freuen uns auf Eure Reaktionen, Artikel, Gedichte, Bildern oder was Euch sonst so einfällt.

Viel Spaß beim Schmökern wünscht

EURE ROTDORN-REDAKTION



Inhalt

Leitartikel

Über das Scheitern der Montagsdemos 3

Die Rotdornredaktion

Wer wir sind und was wir wollen 5

Gesellschaft ohne Arbeit

Ein Memorandum zur Massenerwerbslosigkeit 6

Antimilitarismus

Abrüstung statt Sozialabbau 8

Sozialabbau

Die ökonomische Unsinnigkeit von Hartz IV 9

Fotoseite

Vom „Europäischen Sozialforum“ in London 11

CD-Tip

Sampler „Peace not war“ 11

Irak

Offener Brief der Einwohner von Falludscha 12

Antimilitarismus

Zu den Skandalfällen in der Bundeswehr 13

Feminismus

Das Geschlecht als Bremse? 14

Leserforum

Eure Briefe an uns 16

Europapolitik

Zur Gründung der „Europäischen Linkspartei“ 18

Antifaschismus

Über die Wahlerfolge der DVU und NPD 20

Globalisierungskritik

„Die globale Monarchie der Kozerne“ 21

Buchvorstellung

„Rebel Yell – ein literarisches Rebellencamp“ 23

Paules Kneipentest

Diesmal: Das Tommy-Weissbecker-Haus 23

Musik

Zum 55. Geburtstag von Rio Reiser 25

Ralfis Ökotipp

Ökologisch Reisen 25

Die Vorvorletzte Seite

26

Termine

27

Preisrätsel

27

Impressum

27

Immer wieder montags ...

Warum scheiterten die Montagsdemos?

Damit hatten die Regierenden nicht gerechnet. Eigentlich sprach alles für das Funktionieren der Standardprozedur: unpopuläres Gesetz durchwinken und den Unmut aussitzen. Die nächste Wahl ist lange hin und bis dahin kann man ja neue Luftschlösser voller falscher Versprechungen und Lügen errichten.

Doch plötzlich organisierten sich Betroffene, um einen sozialen Kahlschlag ungekannten Ausmaßes, der auf den Namen „Hartz IV“ getauft wurde, zu verhindern. Auf einmal produzierte der Hauptwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft zwischen Kapital und Arbeit spontanen Protest, wie es in den Schriften der marxistischen Theoretiker prognostiziert wird.

In Magdeburg meldete im Juli 2004 ein Betroffener von Hartz IV Demos für jeden Montag an, rief zu ähnlichen Aktionen in anderen Städten auf und nannte das Ganze Montagsdemo. Diese Protestform, die mit dem Sturz der DDR-Regierung 1989 untrennbar verknüpft ist, ließ das Establishment aufheulen. Das wöchentliche demonstrieren sollte erst wieder eingestellt werden, wenn das Gesetz Hartz IV von der Regierung zurückgenommen werde. Schnell waren ehemalige so genannte Bürgerrechtler zur Stelle, die mittlerweile ihre Pfründe bei der CDU gesichert haben. Man könne den Sturz eines Gesetzes in der Demokratie nicht mit dem Sturz des DDR-Unrechts-



regimes vergleichen. Eine Grundregel der Demokratie ist es aber, dass sich die Betroffenen selbst ihre Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele wählen. In der DDR ließ man das Volk nur zu von der Regierung bestimmten Konditionen demonstrieren. Anscheinend hat sich dies zu sehr in den Köpfen der konservativen Gralshüter der friedlichen Revolution wie Bärbel Bohley und Günther Nooke festgesetzt.

Von Woche zu Woche wurde in immer mehr Städten demonstriert, bis es schließlich 250 waren. Kreativität und Vielfalt bestimmten anfangs die Montagsdemos. Der eine oder die andere fühlte sich an die selbstbewussten Proteste in der DDR im Herbst 1989 erinnert. Gerade am Anfang gelang es Bürger zu erreichen, die mindestens 15 Jahre nicht demonstriert hatten und 1990 mit Hoffnungen gegenüber der BRD angetreten waren. Das war das Spannende. Protest breiter Bevölkerungsschichten, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und nicht, wie auf manchen Demos üblich, die versammelte Linke die sich gegenseitig agitiert.

„Wir sind das Volk!“ hallte es durch die Straßen. Manchen fiel nicht besseres ein, als darüber zu diskutieren, ob dieser Slogan völkisch sei. Das der Ausspruch aber eine Abgrenzung zur Regierung ist und nicht gegenüber anderen Völkern, die eben auch „das Volk“ sind, war jedem klar, der nicht unter notorischer Nörgelei leidet. Hartz IV schien ein Fass der

sozialen Ungerechtigkeiten zum überlaufen gebracht zu haben, das sich seit 1990 insbesondere im Osten stetig gefüllt hatte.

Nach einigen Wochen stagnierten die Teilnehmerzahlen an den Montagsdemos und wurden sogar rückläufig. Nach der großen Demonstration am 2. Oktober in Berlin mit über 50 000 Teilnehmern, hatten sich die Montagsdemos totgelaufen. Im November war die Montagsdemonsbewegung endgültig gescheitert. Wie ist diese

Entwicklung zu erklären? Diese Analyse scheint unerlässlich, da das Scheitern eine Niederlage einer breiten Bewegung bedeutete, die zunächst lähmt und sich nicht wiederholen sollte.

Die Antwort muss in einem Geflecht von Gründen zu suchen sein, von denen einige im folgenden benannt werden sollen:

Die Rolle der Gewerkschaften

Insbesondere die Sozialdemokratie, aber auch die Grünen galten als Vertreterinnen des „kleinen Mannes“. „Meine Stimme für soziale Gerechtigkeit“ hatten die Gewerkschaften zur Unterstützung der SPD im Wahlkampf 1998 plakatiert. Entgegen der Erwartung vieler WählerInnen leitete die rot-grüne Bundesregierung aber nicht eine Umverteilung von oben nach unten ein, Jahrzehnte ein Hauptanliegen der Sozialdemokratie, sondern den größten Angriff auf die bestehenden sozialen Sicherungssysteme der BRD seit 1949. Damit verloren die mittleren und unteren Schichten der Gesellschaft eine maßgebliche Vertreterin ihrer Interessen. Die einzige Organisation, die dieser Funktion heute gerecht werden könnte, sind die Gewerkschaften. Ihr Mobilisierungspotential stellten sie im April 2004 unter Beweis, als eine halbe Million in Berlin gegen Sozialabbau protestierten. In Buskolonnen waren die Kollegen aus dem Ruhrpott, Wolfsburg, Sachsen und aus dem ganzen Land angekarrt worden. Danach klüngelten die Gewerkschaftsbosse aber mit der SPD, bis das „Reformprojekt“ Agenda 2010 vom DGB

Mut u. Phantasie
zur Erneuerung der
alten Politik
menschlich,
solidarisch,
sozial!



abgesegnet wurde. Als nun die Betroffenen gegen ein Gesetzeswerk der Agenda vorgingen, versagten die Gewerkschaften ihrer Basis die Gefolgschaft. Zwar riefen Einzelgewerkschaften einiger Bundesländer zu den Protesten auf. Der DGB stellte sich jedoch nie als ganzes bundesweit auf die Seite der sozialen Protestbewegung. Aus Loyalität zur SPD blieb eine vorbehaltlose Unterstützung aus. Diese wäre aber maßgeblich für eine Durchsetzung der Forderungen gewesen. Weiterhin wäre die Mobilisierung durch die Gewerkschaften für ein überschwappen der Proteste in den Westen unerlässlich gewesen. So demonstrierten z.B. in Köln 450 Leute. Der Charakter der Gewerkschaften muss



Die Polizei war auch dabei

sich also von innen heraus ändern oder die Bewegung muss sich neue Interessenvertreter suchen.

Die Hetze der Medien

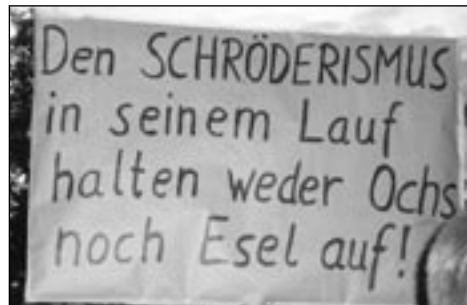
Wäre diese Solidarisierung der Gewerkschaften unmissverständlich erfolgt, wäre auch die Hetze der bürgerlichen Medien gegen die neue Bewegung erschwert worden. Die bürgerliche Presse stellte den Montagsdemonstrierer als dummen Ossi dar, der nur nicht kapiert hat, dass man mit demonstrieren keine Arbeit bekommt. Gezielt wurden Bilder von den Demos gesucht, die diesem Bild entsprachen. Wenn irgendwo Nazis auftauchten, war dies der Inhalt des Berichtes.

Nun darf es nicht verwundern, dass bürgerliche Medien soziale Proteste nicht unterstützen. Es gelang aber auch nicht eine adäquate Gegenöffentlichkeit zu mobilisieren. Auch hier muss die Linke weitere Aufbauarbeit leisten, will sie für die kommenden Konflikte gewappnet sein. Die „Junge Welt“ als linke Tageszeitung oder „indymedia“ (<http://de.indymedia.org>) als unabhängiges Medienzentrum sind hier ein hoffnungsvoller Anfang.

Die Spaltung der Linken

Gerade in dem interessanten Moment, als der Proletarier sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen begann, spielten

Teile der Linken verrückt. Die einen versuchten die sozialen Proteste zum Aufschrei des dummen deutschen Michels umzuinterpretieren. Andere konnten sich gar nicht unmöglich genug machen, um als Vorreiterin für die Interessen des Proletariats bei den Demonstrierenden zu gelten. Letzteres führte dazu, dass in Berlin jeden Montag um 18.00 Uhr zwei Demonstrationen gegen Hartz IV stattfinden mussten. Neben einem breiten Bündnis mobilisierte die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands. Natürlich konnte keiner verstehen, warum mit roten Fahnen zwei Demonstrationen zur selben Zeit in derselben Stadt gegen das gleiche Gesetz stattfinden mussten.



Den Schröderismus ...

Versuchte Vereinnahmung des Protestes durch Nazis

Faschisten probierten den wachsenden Unmut für ihre Zwecke zu nutzen. In manchen Städten mischten sie sich unter die Demonstranten. Zwar wurden sie in der Regel wieder achtkantig aus den Demozügen rausgeschmissen, mancherorts blieb aber ein fahler Nachgeschmack. Die Strategie der Nazis, soziale Proteste für sich zu vereinnahmen, darf nicht überraschen, sondern gehört schon seit längerem zu ihrer Praxis. „Faschos machen auf sozial“ lautet der Titel einer Broschüre der Antifaschistischen Linken Berlin (zu bestellen bei www.antifa.de), in der die Doppelzüngigkeit der Alt- und Neonazis eingehend untersucht wird. Denn eines ist klar: faschistische Ideologie ist das genaue Gegenteil von sozial, sie ist menschenverachtend.

Nachbesserungen der Regierung

Auch wenn Hartz IV als Ganzes für die Regierenden nie zur Diskussion stand, gelang es immerhin einige absolute Absurditäten zu verhindern. So wurde der Freibetrag für Sparguthaben, die für die Ausbildung der Kinder vorgesehen sind, angehoben. Bei den geänderten Nuancen des Gesetzes sprach der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering von „Konkretisierungsbedarf“. Aber anstatt dies als ersten Teilerfolg anzusehen und gestärkt in die weiteren Auseinandersetzungen

zu gehen, ebte die Bewegung ab. Die Protestierenden gingen nicht mehr davon aus, dass noch mehr zu erreichen sei.

Die Wahl des politischen Mittels

Ein Reiz der Montagsdemo bestand darin, dass es 1989 geglückt war, vor allem durch die Montagsdemos die Regierung zu stürzen. Es hatte bereits funktioniert und anfangs war es tatsächlich nicht nur das Ziel vieler Demonstrierender das bereits beschlossene Gesetz zu Fall zu bringen, sondern die ganze Regierung. Festzuhalten bleibt aber, dass die Montagsdemos in zwei völlig unterschiedlichen Systemen stattfanden. Während es 1989 schon eine Kampfansage war,



Wir auf der Montagsdemo

eine selbst organisierte Demonstration durchzuführen, gehören Demos in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten zur Tagesordnung. Mit einer Demo ist heute keiner zu schocken. Insofern können die Montagsdemos an sich, als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele nicht als günstig erachtet werden. Hier ist Phantasie und Kreativität gefragt, um auf die heutige Gesellschaft zugeschnittene politische Mittel zu finden. Dabei ist die Gewaltfreiheit die Basis der Überlegungen. Es müssen Formen des sozialen Ungehorsams gefunden werden, die das Establishment wirklich in Schwierigkeiten bringen. Denkbar wären z.B. dauerhafte friedliche Belagerungen von entscheidenden Infrastrukturpunkten wie dem Bundeskanzleramt, dem Reichstag, der Börse etc. Diese Knotenpunkte lahm zulegen wäre eine unmissverständliche Kampfansage. Dies wäre auch ein politischer Generalstreik, der allerdings in Deutschland zum letzten Mal 1920 stattfand. Der Streik bleibt aber eines der wirksamsten politischen Mittel im Kapitalismus. Sicher sind solche Gedankenspiele an eine breite Unterstützung durch die Bevölkerung gebunden. Es steht jedoch auch fest, dass weitere soziale Konflikte entstehen werden. Darauf sollte die Linke vorbereitet sein. Denn wie schnell soziale Proteste auf dem Nichts entstehen können, das haben die Montagsdemos bewiesen. ■ SK

Die Rotdornredaktion

• WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN •

• Wir sind eine kleine Gruppe junger Menschen die sich politisch einmischen wollen, weil wir denken, dass es eine Katastrophe wäre, wenn sich an dem kapitalistischen Prinzip, das Wichtigste ist Geld und Profit, nichts ändern würde. Egal welches Politikfeld man betrachtet: Haushaltslage, Standort, Profit der großen Unternehmen stehen bei politischen Entscheidungen über Bedarf, Notwendigem und Menschlichkeit.

• Wir wollen gemeinsam ein profiliertes und ambitioniertes Zeitungsprojekt verwirklichen. Wir verstehen uns als unabhängige, linke Jugendzeitschrift. Dankenswerter Weise finanziert uns die PDS die Druckkosten, so dass wir den Rotdorn kostenlos verteilen können. Da uns die PDS weder beim Inhalt noch beim Layout oder sonst irgendwie bei der Erstellung der Zeitung reinredet, sind wir absolut unabhängig. Jeder „normale“ Journalist muss auf alle möglichen Interessen Rücksicht nehmen (Chefredakteur, Anzeigenkunden...). Wir haben diese Zwänge nicht.

• Notwendig sind nicht politische Eintagsfliegen und Hau Ruck- Aktionen, sondern ein langer Atem. Wir geben den Rotdorn seit über zehn Jahren heraus und wir sehen keinen Grund, warum es nicht 100 werden sollten.

• Kein Redaktionsmitglied verdient einen Cent für seine Mitarbeit. Alle Entscheidungen werden in der Redaktion demokratisch getroffen. Es gibt keine Hierarchien oder Privilegien.

• Wir haben keinen kurzfristigen, grandiosen Lösungsweg aus dem gegenwärtigen gesellschaftlichen Schlamassel anzubieten. Wir glauben auch nicht, dass nur wir schlaue Ideen haben und es deshalb nur bei uns Sinn macht, sich politisch zu engagieren. In Wahrheit gibt es viele Möglichkeiten politisch etwas zu verändern und sich einzubringen. Deshalb geben wir auch verschiedenen linken Gruppen die Möglichkeit zur Veröffentlichung.

• Rot - Grün hat sich als linkes Reformprojekt und gesellschaftliche Alternative erledigt. Die dringend notwendigen sozialen und ökologischen Veränderungen in Deutschland und in der Welt sind nicht zu erreichen, wenn man politisches Handeln

dem Willen der Wirtschaft und kapitalträchtigsten Lobbyverbänden unterwirft, wie es die Regierung durchgängig tut.

• Der Widerspruch zwischen den ehemaligen Grundsätzen der SPD und der Grünen und dem realen Regierungshandeln ist unübersehbar. Damit verbunden ist eine völlige Lähmung der „bisherigen“ Linken, seien es die Gewerkschaften aus Rücksicht auf die SPD oder die ehemalige Friedens- und



DIE „WEIßE ROSE“ RIEF ZUM VOLKSAUFSTAND GEGEN HITLER AUF:
DIE MÜNCHENER STUDENTEN HANS SCHOLL, SOPHIE SCHOLL UND IHR
GEMEINSAMER FREUND CHRISTOPH PROBST (VON LINKS NACH RECHTS)

Antiatomkraftbewegung aus Rücksicht auf die Grünen. Das ist es auch, was die Schröder-Regierung so interessant macht für die Unternehmer. Auf der anderen Seite formiert sich eine neue antikapitalistische, außerparlamentarische Bewegung mit völlig neuen Gruppierungen, Ansätzen und Aktionsformen. Dieses Spektrum reicht von den „Zapatistas“ in Mexiko, über die „tute bianche“ in Italien bis zu „attac“ und vielen, vielen anderen Gruppen, die man gar nicht alle aufzählen kann. Wir erklären uns solidarisch mit dieser Bewegung, die gegen die ausbeuterische Globalisierung, gegen kriegsrische Mittel, gegen die Zerstörung unserer Erde und für eine andere Welt, ohne Ausbeutung und Unterdrückung eintritt. Wir verstehen uns als Teil dieser Bewegung.

• Die Widersprüche, die eine neoliberale Politik produziert, werden weiter wachsen und auch der Widerstand gegen sie. Dieser Widerstand muss von links gestärkt und aufgefangen werden, wenn wir nicht am Ende politische Machthabene ganz anderer Couleur haben wollen, als wir uns heute vorstellen möchten.

• Grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen sind nicht möglich, wenn nicht zuvor eine große Mehrheit der Bevölkerung „das Alte“ grundsätzlich in Frage stellt. Momentan ist dies aber nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, der das System grundlegend und grundsätzlich ablehnt. Von daher ist die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit, die Alternativen zur herrschenden Politik benennt und darstellt, die wichtigste

Aufgabe der deutschen Linken in den nächsten Jahrzehnten. Dieser „Kampf um die Köpfe“ ist Voraussetzung für jede grundsätzliche gesellschaftliche Änderung. Mit unserer Zeitschrift, Rotdorn, wollen wir in unseren Kräften liegenden Beitrag dazu leisten, den Kampf um die Köpfe aufzunehmen.

• Außerparlamentarische Arbeit in progressiven Bewegungen ist wichtiger als das Gerangel um Pöstchen und das Finden von parlamentarischen Mehrheiten. Parlamentarisch ist bei der momentanen gesellschaftlichen Lage und den bestehenden Kräfteverhältnissen nichts grundlegendes in diesem Land zu verbessern.

• Die PDS sollte ein Sprachrohr der Gegenöffentlichkeit sein. Sie sollte das Parlament dazu benutzen alternative Lösungen für bestehende Probleme der Öffentlichkeit darzustellen. Damit dieses überhaupt möglich ist, setzen wir uns für den Wiedereinzug der PDS in den Bundestag ein.

• Wenn gesellschaftliche Entscheidungen letztlich von dem Profitwillen einiger bestimmt werden, wie wir es momentan in den kapitalistischen Industriemächten erleben, sieht es insgesamt schlecht aus um diese Welt. Wenn das Maß aller Dinge Profit und Geld ist, werden die Probleme der Welt nicht gelöst werden können, sondern sich verschärfen. So ist in 30, 50 oder 70 Jahren ein Überleben auf der Erde nicht gesichert, egal wie die Katastrophe genau aussehen mag. Die Frage Sozialismus oder Barbarei, die schon Rosa Luxemburg stellte, ist daher aktueller denn je. So ist unser politisches Handeln nicht Selbstzweck oder Selbstbefriedigung, sondern der Verantwortung der Erde und unserer Nachkommen gegenüber geschuldet.

Ein Memorandum zur Massenerwerbslosigkeit

Gesellschaft ohne Arbeit?

Intellektuelle aus Ost und West, die aus linkschristlichen Gruppierungen stammen, haben in einem mehr als zweijährigen Diskussionsprozess an einer Stellungnahme zur wachsenden Massenerwerbslosigkeit in der postindustriellen Gesellschaft gearbeitet. Seit November 2004 liegt einer interessierten Öffentlichkeit das Ergebnis vor.

In vier Schritten versucht das Memorandum eine Annäherung an das in Medien und Politik viel diskutierte Problembündel, wobei handfeste Vorschläge nicht gescheut werden.

Der erste Teil – Analyse des gegenwärtigen Arbeitsmarktes – räumt vor allem mit der Lüge vom fehlenden Wachstum auf. Ziehen doch immer noch Politiker und Wirtschaftsdeologen durchs Land und behaupten, bei energischem Ankurbeln der Wirtschaft gäbe es bald wieder so etwas wie eine Vollbeschäftigung. Das Ankurbeln wird „natürlich“ nur erreicht, wenn das Arbeitsrecht weiter dereguliert, die Löhne gesenkt, die Arbeitszeit erhöht wird und wie diese durchsichtigen Profitargumente noch so lauten. Im Memorandum wird dagegen eindeutig festgestellt, dass nach der dritten industriellen Revolution durch technologischen Fortschritt, wachsende Automatisierung und Vernetzung der Gesellschaft immer weniger Erwerbsarbeitsplätze zur Verfügung stehen werden, zumal wir uns in den Industriestaaten in einer Überproduktionsphase befinden. Millionen von Erwerbslosen – deren Zahl 2012-2015 die zehn Millio-

nen in Deutschland überschritten haben wird – muss der durch die Wirtschaftslobbyisten in den Regierungen ausgehöhlt und verarmte Staat durch seine Sozialpolitik „über Wasser halten“.

Im zweiten Teil des Memorandums – Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems – werden bekannte und weniger diskutierte Vorschläge zur Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt, der öffentlichen Haushalte und der Demokratie auch in der Wirtschaft gemacht. Von Arbeitszeitkonten, Sabbatjahr und Verkürzung der Arbeitszeit, über Vermögens-, Erbschafts-, „Tobin-“, „Maschinen-“ und Luxussteuer zu gleichberechtigter Mirbestimmung, Förderung von Genossenschaftsmodellen, der Beteiligung der Belegschaft am Betriebskapital u. s. w.

Der dritte Teil – Wirtschaftliches und soziales Handeln der Kirchen – will zeigen, dass die Kirchen von ihrer Weltanschauung und ihrem Menschenbild her, vorbildlich als zweitgrößter Arbeitgeber in Deutschland mit der menschlichen Arbeitskraft wie mit den finanziellen Ressourcen umgehen müssten. Ob sie weiterhin wie andere Einrichtungsträger auch, Krankenhäuser, Senioren- und Behindertenwohnstätten betreiben sollten, fragt das Memorandum, oder ob es nicht gerade ihre Aufgabe wäre, in den sozialen Lücken – Aidshilfe, Sterbehospize, Wohnstätten für schwermehrfachbehinderte Menschen u. a. – selbstlos zu wirken. Auch die Frage nach der Berechtigung des Erhalts von Steuergeldern, die aus der 200 Jahre zurückliegenden Säkularisierung von Kircheneigentum

abgeleitet wird und der Umgang mit Grund und Boden, dessen Eigentümer die Kirchen in einem großen Maße sind, für soziale Wohnprojekte und mit dem Verzicht auf Immobilienspekulationen, wird angesprochen.

In einem vierten Teil – die Erhaltung des Sozialstaates erfordert eine Neuordnung des Wirtschafts- und Sozialsystems von Grund auf – stellt sich das Memorandum die entscheidende Frage der Zukunft: Wenn alle Reformen und Reförmchen nicht die weitere Verarmung immer größerer Teile der Weltbevölkerung, aber auch der Menschen innerhalb der postindustriellen Gesellschaften verhindern, woher nimmt die Gesellschaft dann die Finanzmittel, um die Millionen von erwerbslosen Menschen in ihrer Existenz abzusichern? Die Verfasser des Memorandums beschreiben ein mögliches demokratisches Gesellschaftsmodell neben Kapitalismus und Staatssozialismus, welches in der Lage ist, die Millionen von Erwerbslosen zu alimentieren, damit sie für sich und andere in der Gesellschaft kontrollierend, mitregierend, unterstützend, pflegend, erziehend tätig sein können.

„Wenn heute in den unterschiedlichsten politischen Lagern eine so einmütige Zustimmung zur Politik der Privatisierung und völligen Liberalisierung des Marktes zu beobachten ist, wo doch nach 1945 alle, wenn auch mit verschiedenen Ansätzen, in eine solidarische Gesellschaft aufbrechen wollten, dann ist die Politik anscheinend immer mehr eine Gefangene des alles beherrschenden modernen Kapitalismus geworden



und hat ihren gesellschaftlichen Gestaltungsauftrag aufgegeben. Sie ist so zum Handlanger einer von Kapitalinteressen geleiteten Ideologie geworden, bei der das Geld – wie es bei Leitbildern aller anderen Ideologien auch üblich ist – zum Selbstzweck wird. Offenbar hat die Politik sich von dem als alternativlos dargestellten Gesetz des Kapitalismus, der totalen Vermarktung um des Gewinnes willen und der daraus folgenden neoliberalen Ideologie, in Zugzwang bringen lassen.

Begründet wird dieser Zwang häufig mit dem „einzig wahren“, weil „realistischen“ Menschenbild, dass der Mensch eben von Natur aus Egoist sei. Der Kapitalismus trage diesem Menschenbild Rechnung. Dieses Menschenbild ist jedoch genauso einseitig wie das des Staatssozialismus, das sich ganz auf die durch Erziehung zu fördernde altruistische Veranlagung des Menschen beruft. Dabei dient der einseitig postulierte Egoismus als menschliche Grundanlage lediglich zur Begründung ganz aktueller, alltäglicher wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Die Menschen werden aufgefordert zu mehr Eigenverantwortung mit dem Hinweis, dass jeder das Lebensrisiko selbst zu tragen habe. Diese Einstellung (auch häufig als Selbstverwirklichung postuliert) führt zur Überbewertung des Habens gegenüber dem Sein und vernachlässigt den Blick auf das alles tragende Gemeinwohl mit Folgen auch für die Mitwelt.

Einseitige Antworten auf die Frage, was der Mensch denn sei und brauche, treffen nie den ganzen Menschen und die eine Welt...

Ein Ordnungsrahmen, der auf den ganzen, immer zugleich egoistischen und altruistischen (uneigennützig Anm. d. Red.) Menschen setzt, und die ganze Welt berücksichtigt, die vielfältiger als die wirtschaftliche Effizienz des Kapitalismus ist, überlässt nicht nur einer Seite jegliche Gewalt. Eine einseitige Verteilung der wirtschaftlichen Vormacht des Eigentums fördert entweder den Egoismus im kapitalistischen System oder die im staatssozialistischen System sich altruistisch gebärdende Heuchelei, von Volkseigentum zu sprechen. Die Schäden solcher Einseitigkeiten bezahlt die ganze Menschheit und die Natur. Was im politischen Handeln durch die parlamentarische Demokratie mit dem Mittel der Gewaltenteilung ansatzweise verwirklicht wird, sollte auch auf das wirtschaftliche Handeln angewendet



werden. Denn es scheint nur plausibel, auch die wirtschaftliche Welt nicht einseitig entweder der privaten oder der gesellschaftlichen Seite zu überlassen, sondern die mit Eigentum immer verknüpfte Macht produktiv zweizuteilen: Was typisch gesellschaftlich oder gesellschaftlich bedingter Natur ist, muss in gesellschaftlicher Hand sein. Was Engagement benötigt und nur im Wettbewerb funktioniert, das Unternehmertum, gehört in private Hand in der Vielfalt praktischer Ausgestaltung von ganz privatem über genossenschaftliches Eigentum bis hin zu Aktiengesellschaften. Demnach käme einerseits Grund und Boden und die Mehrwertbildung der Geldwirtschaft in gesellschaftliche Hand, andererseits könnte das Unternehmertum mit den Produktionsmitteln schöpferisch, innovativ privat agieren. Momentan haben wir es mit der einseitigen Vormacht des den Egoismus fördernden Kapitalismus zu tun. Dieser

muss in die gesamtgesellschaftliche Verpflichtung der Wirtschaft eingebunden werden – und dies gelingt offensichtlich nicht allein mit den Mitteln der Steuerpolitik. Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik erfordert gerade im Zeitalter der Globalisierung, dass das Eigentum als die Grundlage für die Wirtschaftsmacht nicht ausschließlich in einer Hand sein darf, weder allein in der gesellschaftlichen noch allein in der privaten. Langfristig würde es der Gesellschaft durch die eigene wirtschaftliche Potenz aus Bodenrente und den Mehrwerterträgen aus dem Geldverkehr möglich, die durch alle Kräfte und Generationen gemeinsam erwirtschaftete Produktivitätssteigerung so einzusetzen, dass eine bedarfsdeckende Grundsicherung für die wachsende Zahl der Erwerbslosen, eine solidarische Gesundheitsfürsorge und Altersvorsorge für alle entsteht. Wenn zum Beispiel die Erlöse aus der Bodenpacht den Grundstock für einen Sozialstaat neuer Ordnung bieten würde, wäre das auch ein sinnfälliger Ausdruck dafür, dass die Erde uns allen gehört. Die dazu nötigen Schritte zur Überführung von Grund und Boden in gesellschaftliches Eigentum auf dem Entschädigungswege können behutsam auf der Grundlage von Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes gegangen werden. Gleiches gilt von der Vergesellschaftung des Mehrwertes, der aus dem Geldverkehr entsteht, aber ohne eine tätige Gesellschaft nicht entstehen könnte. Die Veränderung dieser beiden miteinander in Beziehung stehenden Eckpunkte der Wirtschaft ist auf demokratischem Weg möglich, wenn für die Mehrheit erkennbar wird, dass sie selbst es in ihrer Gesamtheit ist, die für die Vermehrung des Reichtums einer Minderheit arbeitet und dass in der Kapitalwirtschaft und daraus erwachsenden Kapitalherrschaft zwangsläufig die Reichen reicher und die Armen ärmer und immer zahlreicher werden. Und vor allem, dass dies zur Zerstörung einer humanen Gesellschaft und unserer Mitwelt führt.“ (Memorandum S.79-83)

■ KLAUS KÖRNER



—info—

Das Memorandum ist unter folgender Adresse erhältlich:

Monika Doberschütz
Max-Metzger-Str. 6
04157 Leipzig

Abrüstung statt Sozialabbau

Kriege kosten Geld und Leben

Trotz Sparmaßnahmen in fast allen anderen Haushaltsbereichen bleibt der Rüstungsetat fast unangetastet. Der drittgrößte Posten im Bundeshaushalt, z. Z. 24,4 Mrd. Euro wird für Waffen und Soldaten ausgegeben. Um die teuren Waffenkäufe möglich zu machen, werden andere Kosten bei der Bundeswehr reduziert. Kasernen werden geschlossen, die Zahl der Soldaten reduziert. Trotzdem sieht die langfristige Planung der Bundeswehr ab 2007 eine Erhöhung des Bundeswehretats um eine Milliarde Euro vor. Bis 2010 sollen fast 45 Mrd. Euro für neue Waffensysteme ausgegeben werden.

NEIN zum Sozialabbau – Ja zur Abrüstung!

Sozialabbau findet nicht allein statt, um die Rüstung zu finanzieren. Doch die Rüstungsausgaben zeigen, wo unsere Regierung die Prioritäten falsch setzt! Wenn durch eine verfehlte Steuerpolitik und eine Umverteilung von unten nach oben zu wenig Geld im Haushaltssäckel ist, dann gäbe es im Rüstungsbereich viele Einsparungsmöglichkeiten. Rüstung nutzt niemandem! Auch das immer wieder gern genutzte Argument der Arbeitsplätze zieht nicht: Ginge es nur um die Schaffung von Arbeitsplätzen, müssten LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, SteuerfahnderInnen und Pflegekräfte usw. finanziert werden. Der Staat finanziert das Militär als Mittel der

Machtpolitik, um Kriege führen zu können, nicht um Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir brauchen eine Lobby für Abrüstung

Die Interessen der Rüstungsindustrie werden von den Politikern wahrgenommen. Nur wenn Bürgerinnen und Bürger ein Gegengewicht zu den Interessen der Rüstungsindustrie aufbauen und von unten Druck auf die Politiker ausüben, wird die Abschaffung der Bundeswehr möglich sein. Damit wäre genug Geld vorhanden für die Lösung sozialer Probleme. Die Beschäftigten der Rüstungsindustrie müssten dabei nicht arbeitslos werden. Die Rüstungsindustrie ist technisch in der Lage Produkte zu entwickeln und herzustellen, die dem Leben und dem Frieden dienen. Einzelne Rüstungsunternehmen haben bereits damit begonnen, auch zivile Produkte herzustellen. Dabei könnten die Menschen, die noch Kriegswaffen herstellen, eine sinnvolle Aufgabe bekommen.

Was jeder tun kann

Verbreitet Argumente für die Abschaffung der Bundeswehr! Verteilt Flugblätter im Bekanntenkreis! Ihr könnt bei der DFG-VK Flugblätter, Plakate, Aufkleber und Broschüren für die Abschaffung der Bundeswehr kostenlos bekommen, oder ihr könnt selbst welche herstellen. Findet weitere Menschen, die sich für die Abschaffung der Bundeswehr engagieren wollen! Organisiert Euch in Friedensgruppen!

Warum die Abschaffung der Bundeswehr notwendig ist:

Militär löst keine Probleme.

Wir wollen eine Völkergemeinschaft, die Konflikte zivil bearbeitet, nach den Grundsätzen der Humanität und der Gerechtigkeit, ohne kriegsrische Auseinandersetzungen.

Militär kann nur zerstören

Die militärische Verteidigung von modernen Industriestaaten ist nicht möglich. Die anfällige Infrastruktur würde zerstört, Atomkraftwerke und Chemiefabriken bringen den Tod über die eigene Bevölkerung. Militär zerstört im Einsatz genau das, was es zu schützen und bewahren vorgibt.

Militär ist undemokratisch

Armeen funktionieren nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam. Das steht im Gegensatz zu freiheitlichen, selbstbestimmten Lebensformen.

Abrüstung in Deutschland ...

ist ein wichtiger Impuls für weitere Abrüstung in Europa und weltweit! Wer wirklich friedliche Konfliktlösung will, muß mit gutem Beispiel vorangehen und mit der Abrüstung beginnen.



■ DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT –
VEREINIGTE KRIEGSDIENSTGEGNERINNEN

EUROFIGHTER ODER ERZIEHERIN



Ein einzelner Eurofighter Typhoon kostet 92 Millionen Euro, das entspricht 2100 Jahresgehältern für ErzieherInnen. Insgesamt sollen Eurofighter für 10,9 Milliarden Euro angeschafft werden. Für diese Geldmenge könnten mehr Menschen ein AltenpflegerInnen-Jahresgehalt bekommen, als die Stadt Hamburg Einwohner hat. Für die militärischen Transporthubschrauber NH90 sollen insgesamt 3,5 Milliarden Euro verschwendet werden. Das reicht für rund 70 000 LehrerInnen-Jahresgehälter. Eine einzelne Fregatte des Typs F124 kostet 762 Millionen Euro, genug Geld für weitere 14 000 Lehrer. Weitere 40 000 Lehrer könnten wir von den Kosten der UBoote U 212 bezahlen.



UBOOT ODER LEHRER

Der folgende Artikel beschäftigt sich mit der ökonomischen Argumentation von Hartz IV und soll zeigen, dass die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe nicht nur sozialpolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch unsinnig ist und keinen einzigen neuen Arbeitsplatz schaffen wird.

Die ökonomische Unsinnigkeit von Hartz IV

In allen europäischen Ländern befindet sich der Nationalstaat bzw. das traditionelle Verhältnis von Politik und Ökonomie gegenwärtig in einem radikalen Umbau. Es geht dabei um die Ablösung des Sozialstaates durch einen Staat, der seine Hauptaufgabe darin sieht, seine nationale Volkswirtschaft dem internationalen Wettbewerb zu öffnen und sie für denselben wettbewerbsfähig zu machen. Kennzeichnend ist eine Politik der Selbsterhaltung durch Entlastung von sozialpolitischen Funktionen und damit als Folge ein nach unten gerichteter Wettbewerb der Nationalstaaten um soziale Standards, die generell als Hindernis von Investitionen und Kapitalwachstum gelten. Das Phänomen Globalisierung hat daher einen massiven Souveränitätsverlust des Nationalstaates zur Folge, in der alle sozialstaatlichen Regelungen und Hilfeleistungen in Frage gestellt und alle gesellschaftlichen Bereiche dem Sachzwang der Markt- und Kapitallogik untergeordnet werden (sollen). Dieser globale Wettbewerb führt daher als Konsequenz in allen Nationalstaaten zu einem Anpassungsdruck, der die bestehenden Systeme der sozialen Sicherung abschafft und die Frage nach der zukünftigen Konstruktion wohlfahrtsstaatlicher Politik als auch der Ökonomie aufwirft.

Sind die sozialen Sicherungssysteme veraltet?

Die in diesem Zusammenhang immer wieder gebetsmühlenartig wiederholte sogenannte „Sinn-Krise der sozialen Sicherungssysteme“ wie Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe besteht laut neoliberaler Argumentation -quer durch die etablierten Parteien Rot/Grün, Schwarz/Gelb- darin, dass beide wesentlich als Belastung der nationalen

Volkswirtschaft und als potentielle Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten gesehen werden. Leider aber nicht als eigenständige Faktoren begriffen werden, die mit über die Humanität und die Lebensqualität einer Gesellschaft entscheiden. Nicht der Schutz vor sozialen Risiken, sondern der Sozialabbau zur Sanierung der Staatshaushalte, der „zwanghafte Fetisch des Marktes“, um Marx zu zitieren, wird zum Erfolgskriterium einer „modernen“ Sozialpolitik. Man geht davon aus, dass das sozialstaatliche System mit seinen steuerfinanzierten Systemen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in dem selben Maße Auswirkungen auf die Wirtschaft hat wie zeitgleich Veränderungen in der Wirtschaft die Sozialpolitik verändern. Die Hartz IV-Reform wird daher von der Idee geleitet, dass die sozialen Sicherungssysteme eine schlechte Auswirkung auf die Wirtschaft hat. Sozialpolitik und die vor elender Armut schützenden Systeme „Arbeitslosen- und Sozialhilfe“ werden verantwortlich gemacht für die Investitions- und Wachstumsschwä-

che in der deutschen Wirtschaft, für die Probleme Deutschlands im globalisierten kapitalistischen Wettbewerb und für die dramatische Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die zentrale neoliberale These lautet: Das System der Sozialen Sicherung ist also nicht nur zu teuer und ineffizient, sondern gefährdet auch noch die wirtschaftliche Grundlage. Doch was ist dran an solcher Argumentation? Hartz IV folgt einer neoliberalen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Logik, dessen Thesen zusammenfallen wie ein Kartenhaus, sobald man eine einzige Karte aus dem Haus zieht.

Verhindern Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe neue Arbeitsplätze?

Das immer wiederkehrende Hauptargument ist, dass die solidarische Arbeitslosenversicherung, in die jeder Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzahlt, mit der Arbeitslosenhilfe und die von den Kommunen ausgezahlte Sozialhilfe nicht dazu beiträgt Beschäftigung zu fördern und den Arbeitsmarkt funktionstüchtig zu halten. Denn die Höhe von Löhnen und Gehältern würden durch die Arbeitslosen- und Sozialhilfe des Staates nach unten begrenzt. Außerdem sei die Bezugsdauer von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu lang. Weiter gedacht hieße das, dass die Arbeitslosigkeit zu guten Teilen zurückzuführen sei auf die fehlende Bereitschaft der Langzeitarbeitslosen, niedrig bezahlte Arbeit anzunehmen. Die Einschränkungen im Bereich von Hartz IV sollen dazu beitragen, durch Zwang den Anreiz zur Arbeitsaufnahme der StützeempfängerInnen zu erhöhen. Oder aber es wird das Argument der hohen



Lohnnebenkosten (also der Beiträge die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in die sozialen Sicherungssysteme wie u.a. Rente, Krankenkasse und Arbeitslosenversicherung) ins Spiel gebracht. Die Arbeitskosten seien wegen der überzogenen Tarife und Lohnnebenkosten zu hoch. Die Folge sei eine geringe Nachfrage nach Arbeit. Die Lohnnebenkosten verhindern das Entstehen von sogenannten Einfacharbeitsplätzen vor allem im Dienstleistungssektor. Als Ursachen der Arbeitslosigkeit werden hier die Tarifpolitik der Gewerkschaften genannt und die Sozialhilfe, die faktisch einen Mindestlohn fixiert, der von den Unternehmen nicht unterschritten werden kann. Die Leistungskürzungen, -ausgrenzungen und -umfinanzierung in der Sozialversicherung sollen die Arbeitgeberbeiträge und damit die Lohnnebenkosten senken. Diese Argumentation ist ebenso töricht wie dumm. Niedriglöhne müssen nicht erst geschaffen werden - sie existieren bereits! Da es in der BRD keine gesetzlichen Mindestlöhne gibt, wird die untere Auffanglinie gegenüber Niedriglöhnen in der Tat durch die Sozialhilfe gesetzt. Die orientiert sich an dem Tatbestand, dass die BRD ein Land mit einem insgesamt hohem Lebensstandard und Einkommensniveau ist. Der Versuch also, durch eine Niedriglohnstrategie Existenzminimum und Lohnsätze abzusenken, um Arbeit zu schaffen, ist nicht nur aus sozial-, sondern aus auch gesellschaftlicher Sicht problematisch. Unter diesen Bedingungen wird dann doch eher billige Arbeit „teure“ Arbeit verdrängen, das Gesamtvolumen der nachgefragten Arbeit sich aber nicht vergrößern. Daher kann es auch höchst fraglich gelten, ob dadurch zusätzliche Arbeitsplätze entstehen werden. Statt den Betroffenen zu helfen, auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen, kommt es zu einer „passiven Versorgung“ durch die Bundesagentur für Arbeit. Kritiker behaupten daher gerne, ein Großteil der Arbeitslosen suche in Wirklichkeit gar keine Arbeit, sondern melde sich nur arbeitslos, um die staatliche Unterstützung zu kassieren. Diese sei so hoch, dass es sich gar nicht erst lohne, eine Arbeit aufzunehmen. Wie bereits erwähnt lässt sich allerdings feststellen, dass beide Leistungen so bemessen werden, dass sie stets unterhalb des vorherigen Arbeitseinkommens liegen. Die These, ohne Arbeit lasse es sich besser leben, als mit, trifft also nicht zu. Die Befunde der Armutsforschung zeigen indes, dass der Sozialhilfebezug gerade bei den

Arbeitslosen keine Dauererscheinung ist. Die Betroffenen versuchen, den Zustand der Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebedürftigkeit aktiv zu verändern. Der Sozialhilfebezug wird als belastend empfunden, die Betroffenen sind von sich aus bemüht, einen Arbeitsplatz zu finden. Der Sozialhilfe-Statistik ist zu entnehmen, dass gerade größere Bedarfsgemeinschaften die kürzeste Verweildauer in der Sozialhilfe aufweisen.

Umverteilung von Oben nach Unten anstatt umgekehrt!

Alles in allem ist die Argumentation von Hartz IV so durchlöchert wie ein Schweizer Käse.

Von Alt-68ern wie von den rot-grünen Damen und Herren hätte man eigentlich erwarten müssen, dass sie einen anderen Kurswechsel verfolgen. Nämlich einen Kurswechsel durch mehr Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten. Wegen der wachsenden Ungleichheit ist ein der sozialen Gerechtigkeit verpflichteter Wohlfahrtsstaat nötiger den je. Standortkonkurrenz und Wettbewerbswahn können daher als Nullsummen-Spiel betrachtet werden, bei dem die Ökonomie gewinnt, wenn die Bürger eines Staates verlieren. Vielleicht auch ein Kräfteressen, an dessen Ende alle Wirtschaftsstandorte weniger Wohlstand für die Mehrheit der Bevölkerung aufweisen; weitere Schäden für Umwelt, Frieden und Demokratie noch nicht berücksichtigt. Ein Konzept wie Hartz IV bzw. die gesamte Agenda 2010, dessen Potential es ist, die Schwächsten der Gesellschaft zu bestrafen, wird kaum einen Beitrag zu mehr sozialer Demokratie und sozialem Frieden leisten können. Daher muss der in diesem Zusammenhang immer wieder genannte Begriff der „Reformen“ anders interpretiert werden. War er früher ein Begriff, der für Verbesserung stand, handelt es sich heute bei dem Wort fast immer um Leistungskürzungen jeglicher Art. Die Politik der Bundesregierung und der schwarz-gelben Opposition beschränkt sich darauf, den Abbau des Sozialstaates voranzutreiben und tarnt dieses Unterfangen als Umbau.

Diese neoliberale Logik wird nicht aufgehen und kein zusätzlicher Arbeitsplatz wird mit den Hartz-Gesetzen entstehen, sondern die Lebensumstände der Betroffenen werden sich nur noch verschlimmern.

■ PATRICE

HARTZ IV UND ALG II

DATEN UND FAKTEN

- Als erwerbsfähig gilt, wer nicht wegen Krankheit oder Behinderung außerstande ist, mindestens drei Stunden täglich zu arbeiten.
- Hilfebedürftig ist, wer aus eigenen Kräften und Mitteln (Einkommen und Vermögen) nicht in der Lage ist, seinen Einstieg in Arbeit, seinen eigenen Lebensunterhalt und den der mit ihm in einem gemeinsamen Haushalt lebenden Personen zu sichern. Einkommen von Ehegatten und Lebenspartnern werden angerechnet.
- Das ALG II ist eine Geldleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts für erwerbsfähige Hilfebedürftige. Nicht erwerbsfähige hilfebedürftige Angehörige (z.B. im Haushalt lebende Kinder) erhalten das Sozialgeld. Beide Zahlungen sind als pauschalisierte Regelleistungen ausgestaltet. Sie betragen pro Kopf 345€ (Alleinstehende/Alleinerziehende) bzw. 311€ (Partner/-in) pro Monat. Für Kinder wird je nach Alter weniger gezahlt. Außerdem werden Miet- und Heizkosten, soweit sie angemessen sind, übernommen.
- Die Zumutbarkeitsregeln werden verschärft. Grundsätzlich gilt künftig: Jede Arbeit ist zumutbar. Wer Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende erhält, muß deshalb jede Arbeit annehmen – unabhängig davon, ob dafür mindestens der ortsübliche Tariflohn gezahlt wird. Als Ausnahme von dieser Regel gilt z.B. nur, wenn jemand die Erziehung eines bis zu drei-jährigen Kindes oder die Pflege eines Angehörigen geltend machen kann.
- Bei Ablehnung einer zumutbaren Beschäftigung drohen Leistungskürzungen. Unter 25jährigen können die Transferleistungen vorübergehend komplett gestrichen werden.
- Wer einen (gemeinnützigen) Zusatzjob hat, erhält weiter Arbeitslosengeld II und Miete plus ein bis zwei Euro je Arbeitsstunde. Der Umfang kann bis zu 30 Stunden pro Woche betragen.

Quelle: junge Welt



Vom 14. bis zum 17. Oktober kamen in London mehr als 20 000 Globalisierungskritiker(innen) aus ganz Europa zum 3. Europäischen Sozialforum zusammen. Es wurde diskutiert, geplant, demonstriert und gefeiert. Die Fotos sollen einen Eindruck von vier unvergesslichen Tagen vermitteln. Das nächste ESF im Frühjahr 2006 in Athen sollte niemand verpassen.

•//CD-TIP//•

„Peace not war“ war nicht nur eine fundamentale Forderung des ESF, sondern auch Garant für lange durchtanzte Nächte auf den absolut besten Partys. Die gleichnamige englische Organisation leistete einen großen Beitrag zum Kulturprogramm und hat sich der Unterstützung der linken Jugendkultur verschrieben. Die Zeit bis zum nächsten Europäischen Sozialforum in Athen kann man wunderbar mit der Doppel-CD „Beats and Chords“ überbrücken. Wie der Name schon vermuten lässt, erwartet einem ein abwechslungsreicher Sampler, auf CD1 (»Beats«, mit u. a. Jurassic 5, Faithless) eher Hip-Hop lastig, auf CD2 (»Chords«, mit u. a. Sonic Youth, Propagandhi) kommen die Freunde der Gitarrenmusik voll auf ihre Kosten. Die Zusammenstellung wird unter www.peace-not-war.org zum Download angeboten oder kann im Original bestellt werden. Der Preis für die Doppel-CD von 5 Pfund (ca. 7 €) deckt die Kosten der politischen Arbeit.



Im Folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus einem Brief der Bürger von Falludscha an UN-Generalsekretär Kofi Annan. Er wurde im Oktober, kurz vor der Großoffensive der Besatzer, verfasst.

»... eine Unterrichtsstunde in amerikanischer Demokratie?«

Euer Exzellenz,

es ist sehr offensichtlich, dass die amerikanischen Streitkräfte jeden Tag im Irak Völkermordverbrechen verüben. Jetzt, während wir an Eure Exzellenz schreiben, verüben die amerikanischen Streitkräfte diese Verbrechen in der Stadt von Falludscha. Die amerikanischen Kampfflugzeuge werfen ihre mächtigsten Bomben auf die Zivilbevölkerung, die Hunderte von unschuldigen Leuten töten und verletzen. Zur gleichen Zeit greifen ihre Panzer die Stadt mit schwerer Artillerie an.

Wie Sie wissen, gibt es keine militärische Präsenz in der Stadt. Es gab keinerlei Aktionen seitens der Falludscha-Widerstandsbewegung in den vergangenen Wochen, weil die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Stadt und der Regierung gut voranschritten. In dieser Atmosphäre geschahen die neuen Bombardements der Amerikaner, während die Bevölkerung von Falludscha sich auf das Ramadan-Fest vorbereitete.

Nun sind viele von ihnen in den Überresten ihrer zerbombten Häuser eingeschlossen, wie in einer Falle und niemand kann ihnen helfen während die Angriffe weitergehen. In der Nacht des 13. Oktobers allein haben amerikanische Bombardements 50 Häuser zerstört mit ihren Bewohnern darin. Ist das ein genozidales Verbrechen oder eine Unterrichtsstunde in amerikanischer Demokratie? Es ist offensichtlich, dass die Amerikaner Terrorakte gegen die Bevölkerung von Falludscha begehen nur aus einem Grund: Die Weigerung, ihre Besatzung zu akzeptieren.

Euer Exzellenz und die ganze Welt weiß, dass die Amerikaner und ihre Alliierten unser Land zerstört haben, unter dem Vorwand, es existierten Massenvernichtungswaffen. Jetzt, nach all der Zerstörung und der Tötung von Tausenden von Zivilisten, haben sie zugegeben, dass keine Waffen gefunden wurden. Aber sie haben dann nichts gesagt zu all den Verbrechen, die sie begingen. (...)

Wir wissen, dass wir in einer Welt leben, die mit zweierlei Maß mißt. In Falludscha, haben sie ein neues, vages Ziel erschaffen: AL ZARQAWI: Das ist der neue Vorwand, um ihre Verbrechen zu rechtfertigen, das Töten und das tägliche Bombardement von Zivilisten. Fast ein Jahr ist vergangen, seitdem sie diesen neuen Vorwand erfunden haben und jedes Mal, wenn sie Häuser, Moscheen und Restaurants zerstören und Kinder und Frauen töten, sagen sie »Wir haben eine erfolgreiche Operation gegen Al-Zarqawi durchgeführt.« Sie werden niemals sagen, dass sie ihn getötet haben, weil es eine solche Person nicht gibt. Und das bedeutet, dass das Töten von Zivilisten und der tägliche Genozid weitergehen wird.

Die Bevölkerung von Falludscha versichert Ihnen, dass diese Person, falls sie existiert, nicht in Falludscha ist und wahrscheinlich nirgendwo im Irak. Die Bevölkerung von Falludscha hat viele Male angekündigt, dass jede Person, die al-Zarqawi sehen würde, ihn töten solle. Nun kann aber jeder erkennen, dass dieser Mann nur eine hypothetische Figur ist, die von den Amerikanern erschaffen wurde. Gleichzeitig haben die Vertreter von Falludscha, unsere Stammesführer, bei vielen Gelegenheiten, das Kidnapping und Töten von Zivilisten angeprangert und wir haben keine Verbindung zu irgendeiner Gruppe, die solch inhumanes Verhalten praktiziert. (...)

Die Stadt war sehr ruhig und friedlich, als ihre Einwohner sie wieder selbst verwalten konnten. Wir haben keine Unruhen in der Stadt gehabt. Die zivile Verwaltung ging gut, wenn man ihre begrenzten Möglichkeiten in Betracht zog.

Wir haben einfach die Besatzungsmacht nicht Willkommen geheißen. Das ist unser Recht gemäß der UN-Charta., dem internationalem Recht und den Normen der Humanität. (...)

Hochachtungsvoll

Kassim Abdulsattar al-Jumaily

Präsident des Studiumszentrums für Menschenrechte und Demokratie

Für die Bevölkerung von Falludscha und für den Falludscha Shura Rat (Anm. der Übersetzerin: Stadtrat), die Juristenvereinigung, die Lehrervereinigung, den Rat der Stammesführer, das Haus der Fatwa und religiösen Erziehung
quelle: www.netzwerk-regenbogen.de

Szenen aus dem »befreiten«
Irak – Falludscha im April 2004



Iraker demonstrieren gegen die
Besatzung ihres Landes



Einige Demonstranten werfen
Steine in Richtung der US-Truppen



Ein Konvoi der US-Truppen eröffnet
das Feuer auf die unbewaffnete
Menge



... 18 Iraker werden verwundet,
drei getötet

Archaische Kämpfer sind gewollt

In der letzten Ausgabe berichteten wir über die Initiative zur Beobachtung der Bundeswehr (Bundeswehr Monitoring). Die Ergebnisse dieser Arbeit ließen inzwischen auch die bürgerliche Presse aufhorchen. Was steckt hinter den Vorgängen: System oder Einzelfälle?

Aus „Einzelfällen“ wurde innerhalb weniger Tage ein Skandalfall Bundeswehr. Soldaten, die, teils aktuell, teils vor Jahren systematische Übergriffe Vorgesetzter erlitten haben, brechen ihr Schweigen, jeder „Einzelfall“ eine Einzelmeldung in den aufgeschreckten Medien.

Minister Strucks Klage, den Soldaten habe es unbegreiflicherweise an Zivilcourage gemangelt, weist den Opfern die Schuld zu. Doch wer für die eigene Würde eintreten soll, muss zunächst wissen, dass er eine hat, dann, wie er sie vertreten kann. Oft halten Rekruten Übergriffe von Vorgesetzten für normal im Rahmen der Ausbildung, weil sie gar nicht erkennen, dass ihre Grundrechte verletzt werden. Sie sind einem ungeheuren Anpassungsdruck ausgesetzt und haben in der hermetisch abgeschotteten Umgebung einer Kaserne berechtigte Angst vor Repression. Aus Gesprächen mit Soldaten wissen wir, dass vielen nicht einmal die Existenz eines Wehrbeauftragten bekannt ist, geschweige denn, dass man diesem eine Petition senden kann.

Berufs- und Zeitsoldaten, freiwillig Längerdienende und Wehrdienstleistende sind überdies oftmals Männer, deren berufliche Aussichten schlechter sind als die Gleichaltriger. Eine moderne Form von Armutsrekutierung: Wer schlechte Chancen auf dem

Arbeits- und Ausbildungsmarkt hat, ist eher bereit, sich zur Bundeswehr zu verpflichten, sich dem Militär unterzuordnen und im Interesse der möglichen Verlängerung seiner Dienstzeit notfalls Schikanen zu ertragen.

Generalinspekteur Schneiderhan fordert nun in einem Brief an die Kommandeure: „Nähren Sie die feste sittliche Überzeugung, dass der Schutz der Würde des Menschen als erstes Gebot unseres Grundgesetzes in der Bundeswehr auch künftig seine alles andere weit überragende Stellung behalten muss“. Wieviel bleibt von der geringen Substanz solcher Sonntagsreden, wenn sie bis zum letzten Unteroffizier gedrungen sind? Die Durchführung der politischen Bildung obliegt wenigstens in Teilen ge-

nau jenen Vorgesetzten, die militärisch ausbilden und dabei gelegentlich wie in Coesfeld „zu weit gehen“.

Es ist nicht mangelnde Reife, sondern hat politische Hintergründe, wenn Ausbilder, wie Heeresinspekteur Budde jetzt entschuldigend vermerkt, die Grenze „zwischen erforderlicher Härte in der Ausbildung und Verletzung der Menschenwürde“ nicht zu erkennen vermögen. Mit der Entscheidung für Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland wurde auch entschieden, wie das Leitbild des auszubildenden Soldaten aussieht. War das Konzept des „Bürgers in Uniform“ mit der Verteidigungsarmee verbunden, so verlangt die Einsatzarmee, wie Budde in diesem Jahr formulierte, „archaische Kämpfer“. „Einsatznahe Ausbildung“ gehört dazu. Und weil PolitikerInnen sowohl der Regierung als auch der CDU/CSU-Opposition das wissen, sprechen sie von Einzelfällen, von mangelnder Courage der Opfer und fordern weder einen Untersuchungsausschuss noch

Strucks Rücktritt. Es geht nicht um das Fehlverhalten einzelner Ausbilder, es geht um Auftrag und Struktur der Bundeswehr als weltweit einsetzbare Streitmacht.

■ KAMPAGNE GEGEN WEHRPFLICHT
ZWANGSDIENSTE UND MILITÄR

info

Kampagne gegen Wehrpflicht
Zwangsdienste und Militär
Kopenhagener Str. 71
10437 Berlin
Tel. (030) 440 130 0
Fax (030) 440 130 29
www.kampagne.de
info@kampagne.de



ANZEIGE

Helle Panke

Zur Förderung von Politik,
Bildung und Kultur e.V.

Kopenhagener Str. 9
10437 Berlin

fon: (030) 47 53 87 24
fax: (030) 47 37 87 75

e-mail: info@helle-panke.de
web: www.helle-panke.de

13.1.2005, 18:30 bis 20:30 Uhr
Baden gehen mit Rot-Rot?
Zwischenbilanz einer Berliner
Koalition

Podiumsdiskussion mit:
• Senator Harald Wolf (PDS)
• Senator Dr. Ehrhart Körting (SPD)
• Susanne Stumpfenhusen (ver.di)
• Regina General (Redaktion „Freitag“)
Moderation: Dr. Evelin Wittich, RLS

Stadtbad Oderberger Straße
Oderberger Straße 57-59
Prenzlauer Berg

18.1.2005, 18 bis 21 Uhr
Veranstaltungsreihe zum
60. Jahrestag der Befreiung

Das Jahr 1945. Dokumentarfilm
von Karl Gass von 1985

Anschließend Diskussion mit Karl
Gass und Prof. Dr. Kurt Pätzold
Moderation: Christina Kaindl
Eintritt: 1,50 €

Kopenhagener Straße 9
10437 Berlin

26.1.2005, 18 Uhr
Reihe „Forum für ökonomi-
sche und soziale Politik“

Linke Steuerkonzepte
(Gemeinsamkeiten/Unterschiede)

Gesprächspartner:
• Michael Schlecht (ver.di)
• Angelika Gramkow (PDS)
Eintritt: 1,50 €

Kopenhagener Straße 9
10437 Berlin

»Das Geschlecht als Bremse?«

Allen Bemühungen zum Trotz die mittelalterliche Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern zu durchbrechen, wurde mit dem 01.01.2005 ein erneuter emanzipatorischer Rückschlag eingeläutet, wenn Frauen aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit sowie verschärfter Arbeitsmarktgesetze wieder zunehmend von Männern abhängig werden. Besonders Hartz IV wird hier eine unrühmliche Rolle spielen. Frauen, die durch die Anrechnung des Partnereinkommens jeglichen Anspruch auf eigenständige Existenzsicherung verlieren, haben es schwer, ihr Selbstbewusstsein in der Partnerschaft zu behaupten.

Gleichzeitig ist durch neue Studien ablesbar, wie schlecht es noch immer, und gerade jetzt wieder, um die Mitbestimmung von Frauen in Parteien und Gewerkschaften steht. Die Autorin Barbara Stiegler beschäftigt sich in ihrem Buch „Das Geschlecht als Bremse?“ vornehmlich mit den Bedingungen in den Gewerkschaften und den Gründen der schrumpfenden weiblichen Beteiligung.

Dabei stellt sie zuerst fest, dass beim Studieren der Mitgliederstatistiken „in allen Großorganisationen die relativ geringe Beteiligung der Frauen auffällt“ und durch „alarmierende Rückgänge des Engagements bei Berufsanfängern und –anfängerinnen“ sowie immer schwieriger werdenden Mitgliederwerbung diese Entwicklung über kurz oder lang auch nicht schnell zu kippen ist. Als Beispiel erwähnt sie die Entwicklung der IG Metall, bei welcher der Mitgliederrückgang innerhalb von drei Jahren beträchtlich ist, bei jungen Frauen um 54%, bei jungen Männern um 39%. Auffallend ist, dass der Rückgang im Osten generell extremer ist als im Westen und dort am krassesten bei den jungen Arbeiterinnen zu Tage tritt, hier liegt er bei minus 75%.

Zur Interpretation dieser Zahlen wirft Barbara Stiegler die Frage auf, ob die potentielle Mitgliedschaft einer Gewerkschaft „überhaupt eine gleiche Verteilung der Geschlechter aufweist.“ Ihrer Meinung nach, sind potentielle Mitglieder durch geschlechtsspezifische Strukturen des beruflichen Bildungssystems und des Erwerbsarbeitsmarktes bereits „vorsortiert durch die Krisen auf dem Ausbildungsstellenmarkt und durch Probleme im Beschäftigungssystem noch verstärkt, weil diese Krisen Frauen härter als Männer treffen, insbesondere im Osten der Republik.“

Mit einigen Thesen versucht die Autorin darzustellen, weshalb es für Frauen so schwierig ist sich in einer Gewerkschaft zu beteiligen:

Junge Frauen nehmen nicht im gleichen Umfang wie junge Männer am Erwerbsleben teil, dies ist aber eine Grundvoraussetzung für die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Die Erwerbsquote junger Frauen (zwischen 15 bis 20 Jahren) ist geringer als die junger Männer: 1993 lag diese Quote im Westen bei jungen Frauen mit 33% um 5 Prozentpunkte niedriger als bei jungen Männern, im Osten sogar um 6,5 Prozentpunkte. Besonders im Osten sind die Chancen für junge Frauen, einen Ausbildungsplatz im dualen System zu bekommen, schlecht. Obwohl junge Frauen 52% aller Bewerber stellen, ist ihr An-

teil an denen, die einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten, nur 45%. Dafür sind sie zu 71% in den über die Gemeinschaftsinitiative Ost finanzierten außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen für „marktbenachteiligte“ Jugendliche vertreten.

Die geschlechtsspezifischen Zuweisungsprozesse in bestimmte Berufe befördern Frauen eher in Positionen, in denen eine gewerkschaftliche Organisation nicht die Regel ist. Der Trend zu typischen Frauen- und Männerberufen ist ungebrochen, auch die erstaunliche Tatsache, dass die geschlechtstypische Berufswahl für junge Männer noch stärker zutrifft als für junge Frauen – allerdings mit dem Effekt, dass junge Männer in den für sie typischen Berufen mehr Sicherheit, Einkommen und Aufstiegsmöglichkeiten finden. Die Entscheidung für einen Frauen- bzw. Männerberuf, in dem sichtbar viele Frauen bzw. Männer arbeiten, bringt dabei zumindest keine Irritation der Geschlechtsidentität – wenn auch die konkreten Erfahrungen in den Berufen viele dennoch zum Ausbildungsabbruch treibt. Die geschlechtsspezifische Struktur des Ausbildungsstellenmarktes und Arbeitsmarktes ist eine wichtige Weichenstellung für die subjektive Orientierung. Einige junge Frauen setzen es sich in den Kopf, einen geschlechtsuntypischen gewerblich-technischen Beruf zu ergreifen und wenige werden auch mit den dort vorhandenen Widerständen fertig. Ebenso geht es einigen jungen Männern, die im sozialen Dienstleistungsbereich arbeiten wollen, wenn auch die Widerstände, die ihnen hier entgegentreten, weniger massiv sind. Ganz im Gegenteil werden in ihnen häufig sogar die zukünftigen Vorgesetzten gesehen. In diesen Fällen produzieren geschlechtsspezifische Berufe die Geschlechterhierarchie in doppelter Weise: Zum einen erhalten sie die unteren Positionen überwiegend für Frauen, zum anderen offerieren sie



bessere Positionen den wenigen Männern. Junge Frauen im gewerblich-technischen Bereich, in der Männerdomäne, bleiben allerdings weiterhin vereinzelt. Im industriellen Bereich ist der Platz für weibliche Auszubildende das kaufmännische oder technische Büro oder das Labor. So münden junge Frauen überwiegend in Berufsbereiche ein, in denen gewerkschaftliche Organisation weniger zur Tradition und Betriebskultur gehört als es in den Bereichen der Fall ist, in denen junge Männer überwiegend arbeiten.

Junge Frauen landen häufiger als junge Männer in Betriebsstrukturen und betrieblichen Segmenten, in denen eine gewerkschaftliche Organisation nicht traditionell zur Betriebskultur gehört.

Junge Frauen bekommen überwiegend und noch stärker als junge Männer in Klein- und Mittelbetrieben einen Ausbildungsplatz: Hier ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad generell geringer. In Klein- und Mittelbetrieben ist branchenübergreifend die Entscheidung, einer Gewerkschaft beizutreten, weitaus seltener als in Großbetrieben. Auch Büros oder Labors sind betriebliche Segmente, in denen die gewerkschaftlichen Organisationsgrade auch bei Männern niedriger sind als in den Produktionsbereichen. Junge Frauen haben damit häufiger als junge Männer Teil an einer betrieblichen Kultur, bei der die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft eher eine Seltenheit darstellt.

„Politik“ wird von vielen als männlich geprägtes Feld empfunden, junge Frauen haben zwar eine Nähe zu vielen Problemen, für die politische Lösungen gefunden werden müssen, die Formen allerdings, mit der die Politik diese Lösungen angeht, sind ihnen noch fremder als jungen Männern, weil sie neben der Undurchsichtigkeit der Prozesse auch ganz wenige weibliche Vorbilder dort finden, die ihre Sprache sprechen und Distanz zum politischen Geschäft formulieren. Wenn junge Frauen sich eher an unkonventionellen Politikformen beteiligen, ist dies ein Ausdruck dafür, dass es ihnen leichter fällt, ihre Anliegen gleichberechtigt dort einzubringen, wo sie Organisationsformen finden,

in denen auch Männer von den traditionellen Geschlechterbildern abweichen.

Gewerkschaften als Großorganisationen sind Systeme, die eine hierarchische Geschlechterdifferenz selber reproduzieren und Frauen dadurch eher ausgrenzen. Die Strukturen und Interaktionskulturen in Gewerkschaften widersprechen den Anforderungen, die junge Frauen artikulieren: sie fordern flache Hierarchien, kooperative Arbeitsformen, Transparenz und projektorientierte Arbeitsweisen. Die mangelnde Innovationskraft der Großorganisationen in diese Richtung schließt indirekt junge Frauen aus.

Gewerkschaften müssen die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung in ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutung bewerten und eine Politik entwickeln, die beide Arbeitsbereiche in ihren strukturellen Zusammenhängen im Blick hat. Dann sehen sich auch junge Frauen weniger gezwungen, diese Probleme zu individualisieren und könnten sich eher an gewerkschaftlicher Arbeit beteiligen. Junge Frauen wollen nicht als defizitäre Menschen betrachtet werden, sondern brauchen Organisationsstrukturen, in denen sie selbstverständlich und erfolgreich mitgestalten können. Dazu müssen innere Reformprozesse durchgeführt werden, die die Voraussetzung dazu schaffen, dass sich Frauen mit dem ihnen zugewiesenen doppelten Arbeitsfeld und den daraus resultierenden anderen Sichtweisen als gleichberechtigte Mitglieder an der Gestaltung der gewerkschaftlichen Politik beteiligen können.

Zitiert aus: „Das Geschlecht als Bremse? Lebenswirklichkeiten junger Frauen und gewerkschaftliche Organisation“ von Barbara Stiegler, hrsg. vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Dr. Barbara Stiegler, Dipl.-Psychologin, Dipl.-Pädagogin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Arbeits- und Sozialforschung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Arbeitsschwerpunkt: Frauenforschung.

■ OK



f o r u m # #

Neunzig Jahre Deutsche Gewerkschaft

-Erinnerungen einer jungen Oma (49)-

Schweren Herzens bin ich im Oktober 2004 aus meiner Gewerkschaft ausgetreten. Nach zwanzigjähriger, recht aktiver Mitgliedschaft habe ich der Firma ver.di vorgeworfen, mit der aktuellen Ausgabe der Mitgliederzeitschrift „Publik“ habe sich der Verein wohl endgültig von allem verabschiedet, was „seit dem Großen Bauernkrieg 1525 irgendwie mit gewerkschaftlicher Organisation“ hätte in Verbindung gebracht werden können. Offensichtlich sei schon der Begriff „industrielle Produktion“ komplett aus dem Wortschatz „gewerkschaftlicher Schreiberlinge“ getilgt worden, ganz zu schweigen vom Sinn des Wortes Opposition, das sich nämlich aus lateinisch *opponere* (= entgegen setzen, stellen, legen) herleitet.

Als ich vor knapp vier Jahrzehnten einen ersten lebhaften Vertreter der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung kennenlernte, verkörperte mir dieser den Geist der oppositionellen Rebellion überhaupt: Der in meinen jugendlichen Augen damals schon „steinalte“ Schriftsetzer im Ruhestand erzählte, wie er sich persönlich im Sommer 1914 dem Kriegstaukel des wilhelminischen Nationalismus widersetzt hatte und nicht zum Kriegsdienst herangezogen wurde – ganz im Gegensatz zum Vater meiner Mutter, der als Freiwilliger schon vor der Geburt seiner Tochter auf dem Schlachtfeld von Verdun atomisiert worden war. Die Schilderung des Druckerkollegen zum Kapp-Putsch 1920 hat sich mir nachhaltig eingeprägt: Allein durch selbstbewußtes Auftreten war es ihm gelungen, eine ganze Horde schwerbewaffneter Putschisten aus seinem Heimatort in der Nähe von Frankfurt an der Oder zu vertreiben. Zweieinhalb Jahrzehnte später, 1945 ernannte ihn der Kommandeur der einrückenden Roten Armee kurzerhand zum Bürgermeister – ihn, den wohl einzigen ortsbekannten und überlebenden Antifaschisten.

Persönlichen Kontakt zur Industriegewerkschaft Druck und Papier fand ich während des großen Druckerstreiks gegen die Digitalisierung der Satz-Herstellung im Mai 1976: Inmitten einer Veranstaltung an der ebenfalls bestreikten Universität

erreichte uns ein Hilferuf aktiver GewerkschafterInnen – innerhalb von Minuten rauschten rund dreißig vollbesetzte PKW zur Burda-Druckerei, um dort die Streikpostenkette zu verstärken.

„Alle Geschichte ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ lehrte mal ein kluger Mensch aus Trier an der Mosel, der in unseren studentischen Kreisen einiges Ansehen genoß. Das ein Druckerstreik solcher „Klassenkampf“ ist, war uns klar wie Klopßbrühe. Ebenso verstanden wir unseren eigenen Unistreib gegen Hochschulrahmengesetz und Verschulung des Studiums als Element historischen Umbruchs hin zu mehr Freiheit und Demokratie. Bei dieser „objektiven Tendenz“ gesellschaftlicher Entwicklung falle den DGB-Gewerkschaften als „Einheitsgewerkschaft“ eine eminent wichtige Funktion zu: Als Massenorganisation(en) der Lohnabhängigen – die bis heute, fälschlicherweise unter Berufung auf den klugen Mann aus Trier, als „Arbeiterklasse“ identifiziert werden – sollte(n) sie zur Beschleunigung des „objektiven“ Prozesses beitragen. Das Problem der Gewerkschaften bestehe vornehmlich darin, daß deren Führung sozialdemokratisch korrupt sei – die Dynamik des massenhaften Klassenkampfes werde aber auch diese Personen mitreißen oder ersetzen.

Die Gewerkschaft ver.di, die im beginnenden 21. Jahrhundert als „größte Einzelgewerkschaft der Welt“ gilt, hat sich nicht nur dem Namen nach vom Prinzip der Industriegewerkschaft verabschiedet (...) Verdis Unwilligkeit politische Kämpfe voranzutreiben zeigte sich jüngst bei der Berliner Montagsdemonstration: Aus absolut nebensächlichem Anlaß zog der Bezirk Berlin seinen Aufruf zurück – zwei Wochen später fanden sich gerade noch zwei Handvoll Ver.dianer am Roten Rathaus ein.

Rosa Görlitzer, Berlin



ANZEIGE

Grrr...
Ich muss...
den Kapitalismus...
zerstören...
Grrrrrrr....

LENIN

REVOLUTION
sozialistische Jugendorganisation

ist...

- > eine neue Jugendzeitung
- > billig und aktuell
- > so radikal wie du!

www.onesolutionrevolution.de

»Das ist nur der Anfang...!« über die Europäische Linkspartei

Nachdem wir in der vorletzten Ausgabe über die anstehende EU-Wahl berichtet hatten und die PDS mit ihrem besten Bundesergebnis von 6,2% wieder in das Europaparlament einzog, widmet sich der nun folgende Artikel der im Mai 2004 in Rom gegründeten „Europäischen Linkspartei“. 15 Parteien, darunter die PDS, aus allen Teilen des Kontinents mit mehr als 500 000 Mitgliedern vollzogen den Zusammenschluss. Doch, warum wurde dieser notwendig? Und wie ist die Europäische Linkspartei aufgebaut?



Europäische LINKE

Das Europaparlament hat sich konstituiert. Für die Linke wird es schwieriger werden, europäische Gesetzgebung und Politik zu beeinflussen, denn es gibt eine Machtverschiebung zu Gunsten konservativer und rechtspopulistischer Parteien. Die potenziellen Partner bei Beschlüssen mit sozialer Dimension – die europäischen Sozialdemokraten und Grünen – konnten sich nur knapp behaupten, während die Linksfraktion kleiner wurde. Erste Konsequenz ist die Wahl des Irak-Kriegs-Befürworters José Manuel Barroso zum neuen Präsidenten der EU-Kommission, dessen erster Kommissionsvorschlag auf erheblichen Widerstand des Europäischen Parlamentes gestoßen ist. Das anschließende Auswechseln zweier nommierter Kommissare stellt jedoch keine wesentliche Veränderung dar. Das lässt für die Zukunft nichts Gutes erwarten.

Die Notwendigkeit einer „Europäischen Linkspartei“

Doch es scheint, als ob in Europa nach den Wahlen zum Europäischen Parlament trotzdem wieder Hoffnung aufkeimen kann. Hoffnung, dass eine Vision immer mehr Europäer zu großen Aktionen des Widerstandes gegen die Durchsetzung einer dem Weltmarkt unterworfenen Globalisierung, mit der die Bevölkerung in

die Falle neuen sozialen und kulturellen Rückschritts gelockt werden soll, vereint. Neuer starker Widerstand ist im Entstehen, sei es nun in Deutschland gegen die Hartz-Gesetze, in Italien gegen die Beeinflussung der Justiz durch Berlusconi oder in Frankreich gegen neoliberale Sozialreformen. Dadurch ergeben sich neue Möglichkeiten, das Leben der europäischen Bevölkerung zu verändern, die von der kapitalistischen Logik der Weltwirtschaft mehr und mehr betroffen ist. Auch nach dem Ende des Kalten Krieges lässt die Theorie des permanenten Krieges, wie sie gegenwärtig in der Bush-Doktrin zum Ausdruck kommt, den Strudel von terroristischer Gewalt, die von diesem Krieg genährt wird sowie Ungleichheiten wachsen und das Feld für Demokratie schrumpfen. In allen europäischen Ländern leiden die Menschen heute unter der Politik des globalisierten Kapitalismus, den die Regierungen im Interesse ihrer eigenen Volkswirtschaft und den damit verbundenen Lobbygruppen durchsetzen. Diese untergräbt die Solidarität und die sozialen Errungenschaften, die in jahrelangen schweren Kämpfen erreicht wurden. Wir erleben momentan daher nicht nur in der Bundesrepublik einen Generalangriff auf die Rentensysteme, den Abbau und die Privatisierung der sozialen

Sicherungssysteme, die Einführung der Marktgesetze für wesentliche öffentliche Dienstleistungen und Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Kultur, aber auch für Gemeinschaftsgüter wie Wasser und andere Naturressourcen, die Deregulierung des Arbeitsmarktes und vor allem die Ausbreitung ungeschützter Arbeitsverhältnisse. Gegen Gewerkschaften wird zunehmend härter vorgegangen, Immigranten werden kriminalisiert, oder es werden Gesetze erlassen, die aus der Europäischen Union eine abgeschottete Festung zu machen scheinen.

Alles – von der Arbeit bis zum Alltagsleben – wird zur Ware. Im Europa von heute nehmen Arbeitslosigkeit, Militarisierung nach außen – wie im Balkan, Afghanistan und Irak-Krieg demonstriert – und nach innen durch repressive, Freiheit raubende Gesetze, immer mehr zu.

Für den europäischen Kontinent und die Europäische Union kann das nur heißen, dass in der internationalen Politik ein Raum für das Wiedererstehen des Kampfes um eine andere Gesellschaft wieder Priorität haben muss. In Europa ist die Schaffung einer alternativen, radikalen, ökologischen und feministischen Linken die Herausforderung der neuen Phase, die jetzt beginnt. Der plurale Charakter der Bewegungen kann jetzt von dieser neuen politischen durchdrungen werden, denn die „Europäische Linkspartei“ will ein neues Verhältnis von Gesellschaft und Politik entwickeln.

Doch was ist das Besondere an einer neuen Partei, die sich der o.g. Themen auf europäischer Ebene annimmt?

Struktur und Parteien der Europäischen Linkspartei

Wie jede andere Partei hat die EL einen Vorstand sowie einen Parteitag (bei der EL: Kongress). Der Kongress wählt den Vorstand, berät und beschließt den Aktionsplan sowie politische Stellungnahmen der EL. Er tritt mindestens alle zwei Jahre

...dass sich ein roter Faden durchziehe!
...may a red thread run through Europe!

zusammen und tagt abwechselnd in den Mitgliedsländern der EL.

Aber es gibt auch noch ein drittes Gremium – den Rat der Vorsitzenden (der Mitgliedsparteien), der über Mitgliedsanträge befindet und gegenüber dem Vorstand ein Veto- sowie Initiativrecht hat.

Mitglied der EL mit allen Rechten und Pflichten können Linksparteien bzw. politische Organisationen werden, die im Europäischen Parlament oder in den nationalen oder regionalen Parlamenten und Versammlungen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten vertreten sind. Aber auch Parteien bzw. politische Organisationen aus Nicht-EU-Mitgliedsländern können Mitglied werden.

Doch einmalig ist wohl das Experiment einer "Einzelmitgliedschaft" in der EL, d.h. dass Einzelpersonen Mitglied werden können, ohne in einer der beteiligten Parteien organisiert zu sein. In Ländern, wo Mitgliedsparteien oder politische Organisationen der EL mit allen Rechten und Pflichten bestehen, können einzelne Mitglieder Freundschaftskreise bei den EL-Parteien bilden. Allerdings befindet sich dieses Projekt noch in der innerparteilichen Diskussion und soll auf Zeit getestet werden.

Aber auch linke politische Vereine, Stiftungen, Gewerkschaften etc. können sich in die EL einbringen.

Die Europäische Linkspartei soll die



Impression vom Gründungskongress der EL in Rom / Mai 2004

verschiedenen sozialistischen, kommunistischen, ökologischen und anderen demokratischen Linksparteien Europas vernetzen, zu einer besseren Zusammenarbeit beitragen und neue Kooperationsformen entwickeln.

Sie setzt sich zum Ziel die kapitalistischen Grundverhältnisse in der EU zu durchbrechen und die linken Projekte und Ideen der Mitgliedsparteien verstärken zu kommunizieren und durchzusetzen. Andererseits will sie eine europäische Öffentlichkeitsarbeit fördern,

die die Bildung einer linken, emanzipatorischen europäischen Identität aktiv unterstützt.

Auf der ersten Tagung ihres Vorstands hat die EL zahlreiche Aktionen beschlossen, mit denen sie auf die Gestaltung einer linken Alternative für Europa Einfluss nehmen will.

So fordert sie in einer besonderen Erklärung den Abriss der israelischen Mauer auf palästinensischem Gebiet.

Die Eurolinke, die sich den sozialen und alternativen Bewegungen des Kontinents sehr verbunden fühlt, nahm an allen sechs Achsen des Europäischen Sozialforums im Oktober in London aktiv teil. Dort stellte sie einen Pakt für Vollbeschäftigung und gegen Arbeits- und Lohndumping vor.

Der EU-Verfassungsentwurf wird sehr kontrovers diskutiert und überwiegend abgelehnt, denn dem neoliberalen EU-Grundgesetz soll ein alternativer Gesellschaftsvertrag entgegengesetzt werden. Einig sind sich einig, dass nur die BürgerInnen der EU über eine Verfassung, die ihr Leben nicht unwesentlich beeinflussen wird, entscheiden sollen. Dafür wird nun europaweit geworben und Druck auf die Regionen ausgeübt.

■ PATRICE & OSKAR

info

www.european-left.org

<http://sozialisten.de/sozialisten/el/index.htm>

Vereinigte Alternative Linke Kataloniens (Spanien)

Esquerra Unida i Alternativa

www.euia.org



Partei der kommunistischen Wiedegründung (PRC - Italien)

Partito della Rifondazione Comunista

www.rifondazione.it

Kommunistische Wiedegründung (San Marino)

Rifondazione Comunista Sammarinese

www.rifondazionecomunista-rsm.org



Koalition der Linken, der Bewegungen und

der Ökologie (SYNASPISMOS - Griechenland)

ΣΥΝΑΣΠΙΣΜΟΣ

www.syn.gr

Sozialistische Allianzpartei (Rumänien)

Partidul Alianta Socialista

www.pasro.ro

P.A.S.



Kommunistische Partei Österreichs

www.kpoe.at

Arbeiterpartei (Ungarn)

Munkáspárt

www.munkaspart.hu



Vereinigte Linke (Spanien)

Izquierda Unida

www.izquierda-unida.es

Kommunistische Partei der Slowakei

Komunistická Strana Slovenska (KSS)

www.kss.sk



Französische Kommunistische Partei

Parti communiste français

www.pcf.fr

Kommunistische Partei Spaniens

Partido Comunista de España

www.pce.es



Partei des Demokratischen Sozialismus

www.sozialisten.de

Estnische Sozialdemokratische Arbeiterpartei

Eesti Sotsiaaldemokraatlik Tööpartei

www.esdtp.ee



Partei der Arbeit der Schweiz

www.pda.ch



Partei des Demokratischen Sozialismus (Tschechische Republik)

Strana demokratického socialismu

www.sds.cz

Braunes Haus – Neonazis erobern die Parlamente

Bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen zogen DVU (Deutsche Volksunion) und NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) mit 6% (DVU in Brandenburg) bzw. 9% (NPD in Sachsen) in die Landtage ein.

Ursache dafür, dass sich viele Wähler von den „demokratischen“ Parteien abwenden, mag in der Unglaubwürdigkeit dieser Parteien und dieses politischen Systems liegen. Egal wen man wählt, es kommt sowieso das gleiche heraus. „Die da oben machen doch sowieso nur was sie wollen und scheren sich um uns einen Dreck!“ denken viele und haben sogar Recht dabei. Man schaue



nur, was der Verfassungsgrundsatz „sozialer Bundesstaat“ für SPD-Grüne-CDU-FDP bedeutet. Viele Menschen erleben heute einen sozialen Abstieg oder befürchten ihn. Da nützt es ihnen nicht, dass Deutschland reich und seine Wirtschaft profitabel und konkurrenzfähig ist (Exportweltmeister!), weil das Geld in fremde Taschen fließt. Da brauchen die, die sich tatsächlich bereichern, also die „Reichen“ einen Sündenbock auf den man zeigen (lassen!) kann um nicht selbst beim „Sich-die-Taschen-füllen“ ertappt zu werden.

Also zeigen NPD und DVU mit ausgestrecktem Zeigefinger auf „Ausländer“ und machen dem „anständigen“ Deutschen klar, dass „der Tscheche“ oder „der Pole“ Schuld an seiner Arbeitslosigkeit oder sinkenden Löhnen sind und nicht „anständige deutsche Arbeitgeber“. Diesen Job machen die Nazis prima. Die Wahlergebnisse zeigen es.

Der Ritterschlag der Verfassungsrichter

Die offensive Herangehensweise und der offene Schulterschluss sowohl untereinander (gemeinsame Wahllisten, NPD und DVU treten nicht gegeneinander an) als auch mit militanten Neonazis kommen nicht von ungefähr. Das Scheitern des Verbotsverfahrens gegen die NPD zeigt der gesamten Szene, dass sie juristisch nicht viel zu befürchten hat. Verfahren gegen Einzelpersonen können nicht darüber hinweg täuschen, dass mit einer Zerschlagung der Organisationen nicht zu rechnen ist. Dabei sollte man jedoch nicht vergessen, was der Grund für das Scheitern des Verbotsverfahrens war: ca. 15% der NPD-Führung waren V-Leute des Verfassungsschutzes, d.h. durch die starke Beeinflussung der NPD durch den Staat konnte nicht mehr davon ausgegangen werden, dass alles, was für ein Verbot sprach, auf dem Mist der NPD selbst und nicht des Verfassungsschutzes gewachsen war.

Wie reagier(t)en die anderen Parteien?

Während man sich am Wahltag zu fein war, mit den Nazis bei den abendlichen TV-Auswertungen an einem Tisch zu stehen, hat sich der Wind mittlerweile gedreht: Der Kandidat der NPD für das Amt des sächsischen Ministerpräsidenten erhielt im ersten und zweiten Wahlgang (gegen CDU-Kandidat Milbrandt) zwei Stimmen mehr, als die NPD Abgeordnete hat. Vermutlich waren es CDU-Abgeordnete, die ihrem Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten eins auswischen wollten. Schließlich verlor die CDU ihre absolute Mehrheit. Vielleicht wollten sie aber auch die Chance nutzen, in geheimer Abstimmung Farbe zu bekennen – Braune.

Auch Sachsens CDU- und Regierungschef Milbrandt zieht Konsequenzen, indem er fordert, die CDU müsse sich nach rechts öffnen und sich mehr mit Themen wie „Heimat“ oder „Einwanderung“ befassen. Da weiß man, wie der Hase läuft. In Brandenburg ist es ähnlich. Auch hier wählten fünf Abgeordnete, vermutlich von der CDU, die DVU-Kandidatin, die für einen Platz in der Kommission zur Kontrolle des Verfassungsschutzes (der ihre eigene Partei beobachtet) antrat, jedoch trotz dieser Unterstützung von Gesinnungsgenossen scheiterte.



Finanzier und Vorsitzender der DVU: Gerhard Frey

Die Reaktion der „Nationalen“ kam prompt: „Das ist ein wichtiges Signal an das deutsche Volk: Die Einheitsfront gegen die nationalen Parteien beginnt zu bröckeln“ verkündet stolz NPD-Sprecher Klaus Beier.

Heinrich Heine behält Recht: Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht. Für solche schlaflosen Nächte sei euch die Lektüre der nachfolgenden Links ans Herz gelegt.

■ FLORIAN HÖLLEN

links

<http://de.indymedia.org>
<http://www.antifa.de>
<http://act.so36.net>
<http://www.apabiz.de>
<http://www.vvn-bda.de>

ANZEIGE



Der Naziaufmarsch am 1. Mai 2004 in Berlin, durch die Bezirke Lichtenberg und Friedrichshain, wurde durch vielfältige Aktionen verhindert. Einige Antifaschisten müssen die Suppe jetzt allein auslöffeln. Unterstützt die Angeklagten mit Spenden!

www.mai-berlin.de.vu

SPENDENKONTO

Rote Hilfe e.V. Konto: 7189590600
 Stichwort: Mai 04 BLZ: 100 200 00

Die globale Monarchie der Konzerne

oder die Enteignung des politischen Raums



Das Ende des Nationalstaates

Transnationale Konzerne agieren in ihrem ökonomischen und damit auch politischen Handeln weit über nationale Grenzen hinaus. Ihr Interesse gilt der Deregulierung und Privatisierung aller Bereiche in den nationalen Volkswirtschaften, in denen sie schon wirken oder künftig wirken wollen. Die fortschreitende Verschmelzung der einzelnen nationalen Wirtschaften, die bislang noch vom kulturellen Erbe, besonderen Handlungs- und Vorstellungsweisen ihrer Bevölkerung geprägt waren, zu einem einheitlichen Weltmarkt bezeichnet man mit dem Schlagwort Globalisierung (siehe: Jean Ziegler, „Herrscher der Welt“, München 2003). Die gewachsenen gesellschaftlichen Strukturen der einzelnen Staaten werden zerstört und den Konzernen verfügbar gemacht. Die Reste nationaler demokratischer Instanzen verlieren immer mehr an politischem Einfluss. Waren die multinationalen Konzerne noch als deutsche, US-amerikanische oder japanische Unternehmen anzusprechen, die zwar weltweit pro-

duzieren ließen aber einen nationalen Standort hatten, so sind transnationale Konzerne solche, die jede staatliche Anbindung verloren haben und beispielsweise ihr Steuerbüro in Irland, ihre Abrechnungsstelle auf den Kaiman-Inseln, ihr Service Center in Südkalifornien und ihre Briefkastenadresse in Liechtenstein haben.

Auf globaler Ebene (UNO) gibt es keine regulierenden demokratischen Kontrollgremien, keine Schutzmechanismen, die mit einem ordnenden gesetzgeberischen Handeln die ungebremsst agierenden wirtschaftlichen Gewinn- und damit Machtinteressen der ökonomischen Multis bändigen. Die heute rund 45 000 transnationalen Konzerne – vor 20 Jahren waren es nur 7 000 – beherrschen das politische Kräftespiel auf allen Ebenen. 200 der führenden transnationalen Unternehmen sind so mächtig, dass ihr gemeinsamer Jahresumsatz die wirtschaftliche Gesamtleistung von 182 der 191 Länder der Erde übertrifft. Zu den 100 größten Wirtschaftseinheiten der Welt gehören 53 Konzerne und nur 47 Staaten. Wal Mat, der zweitgrößte Konzern der Welt, besitzt ein größeres Wirtschaftsvolumen als die Volkswirtschaften von 178 Ländern.

Die neue politische Klasse

In der Vergangenheit versuchte die politische Klasse, einen Konsens zwischen den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen herzustellen. Zu diesen

Brüderlichkeits- und Pietätspflichten ...Sie alle bilden Hemmungen der freien Entfaltung der nackten Marktvergemeinschaftung“ (Max Weber). Im Prozess der Konsensbildung übte deshalb die politische Klasse ihre ordnungspolitische Macht aus. Sie regulierte durch Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik, durch öffentliche Investitionen sowie mit Hilfe von Gesetzen im Arbeitsschutz und auf dem Gebiet des Umweltschutzes das Wirtschaftsgebaren der Unternehmen. Der Neoliberalismus als Marktideologie plädiert für einen schlanken (schwachen) Staat und behauptet, der Markt sei der Ordnungsfaktor in der Gesellschaft; er reguliere nicht nur das wirtschaftliche Handeln, sondern auch die gesellschaftlichen Prozesse. Die transnationalen Konzerne kaufen sich in die mediale Öffentlichkeit ein, setzen mit Hilfe von Bestechung, Parteienfinanzierung und angebotener Medienpräsenz ihre Wirtschaftslobbyisten an die Schalthebel von Politik und Gesellschaft. Sie denunzieren die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit als Neid-Agitation, die den Kollektivneid auf die Leistungsträger der Wirtschaft schürt. Die neue Klasse von Politikern stammt selbst aus der Wirtschaftselite. Politiker wie George W. Bush, der erst mit Hilfe der Ölkonzerne an die Macht gelangte, wie Silvio Berlusconi, der vor seiner politischen Karriere schon Führer eines Wirtschaftsimperiums war oder wie der mexikanische Präsident Vicente Fox, der als Vize-Präsident von Coca Cola fungierte sind beredete Beispiele dafür, dass diese neue politische Klasse allein im Interesse einer gesellschaftlichen Gruppe, nämlich der Wirtschaftselite, Politik betreibt. Die Repräsentanten dieser Elite haben es auf Grund ihrer Herkunft, ihrer eigenen ökonomischen Machtposition oder der hinter ihnen stehenden Wirtschaftskraft nicht mehr nötig, einen Konsens zwischen den Interessengruppen innerhalb des Staates herzustellen. Der demokratische Ausgleich zwischen Sozial- und Wirtschaftspolitik ist nicht mehr von Nöten. Die Arbeitnehmer, die Arbeitslosen und Rentner sind im



politischen Gefüge machtlos geworden. Der Sozialstaat behindert nur die Gewinnmaximierung der Konzerne.

Die Diktatur der Ökonomie

Mit der neuen politischen Klasse haben sich auch die politischen Inhalte verändert. „Denn mehr als jemals zuvor bestimmen heute die transnationalen Unternehmen die Inhalte der Politik. Das führt so weit, dass die hervorragend organisierte Wirtschaftslobby den Regierungen ihr Regierungsprogramm diktiert. Die transnationalen Unternehmen regieren über die Konferenzen der Welthandelsorganisation (WTO) de facto bis in nationale Parlamente hinein“ (Maude Barlow, Leiterin des International Forum on Globalisation im dlf am 07.03.04). Die kanadische Ökonomin Maude Barlow gibt dafür ein Beispiel: Auf der internationalen Konferenz für nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz im Sommer 2003 in Südafrika sorgte die Allianz zwischen transnationalen Unternehmen, Unternehmer-Politikern und der internationalen Handelsbürokratie dafür, dass internationale Regeln für einen weltweiten Umweltschutz und für Nachhaltigkeit letztendlich unter den Tisch fielen. „Unter dem Schlagwort von der »Freiheit des Marktes« und dem »Freien Handel« werden Deregulierung, Privatisierung und der Verkauf gesellschaftlichen bzw. staatlichen Eigentums an transnationale Unternehmen betrieben. Dies sind



die eigentlichen inhaltlichen Ziele dieser neuen »globalen Monarchie« (M. Barlow, ebenda). Diese Ziele werden mit Hilfe ihrer Lobbyisten in Weltbank, WTO und Weltwährungsfonds durchgesetzt. Beispielsweise räumt das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) den transnationalen Konzernen bei einer Behinderung von Investitionen das Recht ein, den Unterzeichner-Staat zu verklagen. Kanada verbot aus Gründen der Gesundheitsvorsorge und des Umweltschutzes den grenzüberschreitenden Handel mit MMT (einem giftigen Zusatz in Kraftstoffen). Der Herstellerkonzern verklagte den Staat Kanada auf

mehrere Millionen Dollar Schadenersatz für entgangene Profite. Der kanadische Staat nahm das Verbot zurück und nimmt in Kauf, dass das Gift MMT das Grundwasser verunreinigt. Für das eine Jahr unter dem Handelsverbot erhielt der Konzern zig Millionen Dollar Schadenersatz und der kanadische Premierminister musste einen offiziellen Entschuldigungsbrief an die Konzernleitung richten. Auf ähnliche Weise herrschen transnationale Agrarkonzerne über die Grundnahrungsmittelproduktion. Hatten bisher arme Länder wie Indien oder Ägypten bei guten Ernten Nahrungsmittel gespeichert, um in schlechten Zeiten ihre Bevölkerung ernähren zu können, verbietet die WTO in einem Abkommen das „Horten“ von Nahrungsmitteln. So sind diese Staaten bei schlechten

eigenen Ernten gezwungen, auf dem Weltmarkt hinzu zu kaufen. Seither gibt es in diesen Ländern wieder Hungertote. In den Philippinen wurde die Regierung von Minenkonzernen gezwungen, ihnen Schürfrechte auf 25 Jahre einzuräumen, die erwirtschafteten Profite steuerfrei ins Ausland transferieren zu können und in den Minengebieten Polizeirechte durch ihren privaten „Wachschutz“ gegen Minenarbeiter und Eingeborene wahrzunehmen. Das alles kann mittlerweile die globale Monarchie der Konzerne bei ihren „Untertanen“ durchsetzen.

■ KLAUS KÖRNER

ANZEIGE

Wer mitdenkt, abonniert ...



... die Zeitung für Internationalismus

Das andere Bild. Zum Beispiel Venezuela. Während die deutsche Presse die bolivarianische Revolution ignoriert oder diffamiert, liefert jW ein anderes Bild: solidarisch und immer nah am Geschehen.

Ja, ich abonniere die junge Welt
für mindestens ein halbes Jahr

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag
von meinem Konto abzubuchen:

Name/Vorname

Geldinstitut

Telefon

Bankleitzahl

Straße/Nr.

Kontonummer

PLZ/Ort

Ich bestelle das

- ☐ Normalabo (mtl. 26,80 Euro),
- ☐ Solidaritätsabo (mtl. 34,20 Euro),
- ☐ Sozialabo (mtl. 19,60 Euro).

Ich bezahle mein Abo

- ☐ monatlich (nur mit Bankeinzug),
 - ☐ vierteljährlich (3 % Rabatt),
 - ☐ halbjährlich (4 % Rabatt),
 - ☐ jährlich (5 % Rabatt)
- per ☐ Einzugsermächtigung
☐ Rechnungslegung

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den vorn angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.

Datum/Unterschrift

Den Coupon schicke ich an:

Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Straße 33, 10178 Berlin, oder faxe ihn an die Nummer 030/53 63 55 44.

»Ich empöre mich, also sind wir«

Dieses berühmte Zitat von Albert Camus bildet den inhaltlichen Rahmen des Buches Rebel Yell. Die rebellische Unbequemlichkeit ist allen 21 Autoren (u.a. Jack London, Henry Miller, Pier Paolo Pasolini) gemein, deren Essays hier veröffentlicht werden.

So sind Ausschnitte von Che Guevaras Motorradtagebuch enthalten, in dem der damals junge Medizinstudent die Erfahrungen seiner Reise durch Lateinamerika niederschrieb. Diese Berichte sind sehr subtil verfasst. Übrigens wurde ebendieses Tagebuch jetzt unter dem Titel "Die Reise des jungen Che" verfilmt, allein schon auf Grund der wunderschönen Landschaftsaufnahmen sehr sehenswert.

Sehr viel direkter ist der Text von Subcommandante Marcos. Marcos ist eine Persönlichkeit des indigenen Widerstands in Mexiko. Seine Herkunft und Vergangenheit sind unbekannt, seine Identität verbirgt er hinter einer Wollmaske. Anders als der große Rest seiner Generation hat er sich mit der allmächtigen Staatspartei PRI weder arrangiert noch resigniert. Er ging vom Zentrum ins verarmte und vernachlässigte Hinterland und lernte bei den indianischen Campesinos (Kleinbauern) in Chiapas, wie man zuhört. Und wie man Geschichten erzählt. Seine "Briefe an John Berger" sind eine offene Kritik am Neoliberalismus, inhaltlich fundiert und sprachlich versiert.

Das Buch ist im Tropen Verlag erschienen und bietet einen interessanten Einblick in das literarische Schaffen der hier vertretenen Rebellen.

Stephan



Einige der Autoren (von links nach rechts): Subcommandante Marcos, Ulrike Meinhof, Ernesto „Che“ Guevara (hier mit Fidel Castro)



PAULES KNEIPENTEST

diesmal: das *Tommy Weissbecker Haus*

in Kreuzberg 61, Wilhelmstr.9, nahe U-Bhf. Hallesches Tor

Paule mag auch gern mal ein wenig derber. Die richtige Stimmung für das Tommy Weissbecker Haus in Kreuzberg. Das ehemals besetzte Haus bietet sich immer für ein paar Bier im Kreise guter Freunde an. Entweder im *Cafe Linie 1* oder es ist ein Konzert angesagt. Ein Blick auf die Homepage (www.tommyhaus.org) schafft Gewissheit – Tatsache, heute ist ein Skakonzert. Basti und Atze müssen nicht lange überredet werden mitzukommen, denn trotz chronischen Geldmangels der Drei ist ein Abend im Tommyhaus immer drin. Die Preise für Eintritt und Bier sind fair, über den Veranstaltungsräumen wohnen immer noch Leute, die im Cafe und im Konzertsaal arbeiten. Dieser heißt übrigens bezeichnender Weise *Schicksaal*. Dieses schlug schon das eine oder andere Mal in unterschiedlicher Gestalt bei Paule in eben diesen Räumlichkeiten zu ...

"Thomas Weissbecker wurde am 2. März 1972 mit 23 Jahren in Augsburg von einem Sonderkommando des bayrischen Landeskriminalamts durch einen Herzschuss getötet. Genau ein Jahr danach erfolgte die Gründung des nach ihm benannten Wohnkollektivs *Tommy Weissbecker Haus* in Berlin Kreuzberg 61.", erklärt Basti Paule noch auf dem Hinweg.

Angekommen im Konzertsaal durchzuckt der Offbeat Paules Tanzbein und die Bläser lassen ihn schmachten. Na dann kann's ja losgehen ...



Du meinst, Fleisch essen und Umweltschutz vertragen sich?



FAKTEN

Umwelt

Die Fleischindustrie verursacht mit die größte Wasserverschmutzung. Eine typische Schweinefarm produziert soviel Exkremeute wie eine Stadt mit 12 000 Einwohnern.

Land

Etwa 80% der landwirtschaftlichen Fläche werden dafür benutzt, Tiere zu züchten. Auf einem Hektar Land können 22 500 kg Kartoffeln angebaut werden, doch nur 185 kg Rindfleisch können auf der gleichen Fläche produziert werden.

Wasser

Die tierische Landwirtschaft ist eine der größten Wasserverbraucher in diesem Land. Die verbrauchte Wassermenge für 5 kg Fleisch entspricht dem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 2 Personen.

Rodung

325 000 km² Regenwald werden jedes Jahr vernichtet, um darauf Tiere für den Verzehr zu züchten. Für jeden „Viertelpfünder“-Hamburger aus Regenwald-Rindfleisch werden 50 m² Land verbraucht.

Energie

Die Produktion eines Hamburgers verbraucht genausoviel fossilen Brennstoff wie ein Kleinwagen für eine Fahrt von 32 km und genug Wasser um 17 mal zu duschen.

Denk mal genau nach!

Bei Rückfragen: 030/47 20 617
(mit AB, wo nur Musik drauf ist)

Wenn Dir wirklich was an diesem Planeten liegt, werde Vegetarier!

Zum 55. Geburtstag des Königs von Deutschland

Am 9. Januar wäre Rio Reiser 55 Jahre alt geworden. Er war einer der wichtigsten deutschen Musiker, der leider viel zu früh, im Alter von 46 Jahren, verstarb. Rio Reiser, bürgerlich Ralph Möbius, gründete 1970 in Kreuzberg die Band »Ton, Steine, Scherben«. Schon die erste Single „Macht kaputt, was euch kaputt macht“ beinhaltete Aspekte, die für die damaligen und heutigen Verhältnisse ungewohnt waren/sind – der Song war systemkritisch und auf deutsch. Veröffentlicht wurde die Single wie auch die nachfolgenden Alben auf dem eigenen Plattenlabel »David Volksmund Produktion«. Man wollte Gegenkultur schaffen, unabhängig von der Plattenindustrie. Die Band wurde zu einem Geheimtipp in der linken Szene. Ihr erstes Album „Warum geht es mir so dreckig?“ war eines ihrer prägendsten Werke. Es sollte sie noch lange verfolgen. Auf diesem Album waren Lieder, die die Art, wie die Menschen ihr Leben führten, kritisierten.

Die Scherben machten jedoch nicht nur revolutionäre Musik, sondern beteiligten sich an politischen Aktionen wie den Demonstrationen gegen die Isolationshaft der RAF-Häftlinge. Nach einem ihrer Konzerte wurde 1971 erstmals ein Haus in Berlin besetzt. Mit 300 Menschen belagerten sie das geschlossene Bethanien-Krankenhaus. Dies sollte eine Anlaufstelle für Jugendliche mit Problemen wie Drogensucht oder häusliche Gewalt werden. Das Bethanien wurde von den Besetzern nach Georg von Rauch benannt, der wenige Tage vorher von einem Polizisten erschossen worden war. Ihre Eindrücke im Rauch-Haus stellten sie in dem gleichnamigen Song dar.

Schon das Nachfolgealbum „Keine Macht für Niemand“ wurde heftig von der dogmatischen Linken wegen dem zaghaften Liebeslied „Komm, schlaf bei mir“ kritisiert. Die Scherben fühlten sich aber mehr den Ausgegrenzten und Aussenseitern der Gesellschaft verbunden als den „studentischen Debattier-Zirkeln“ von denen sie angegriffen wurden (Rio: „Die Linken hier die stinken mir“). Und so war es nur eine logische Konsequenz, dass sie 1975, nachdem sie ihr Drittlingswerk „Wenn die Nacht am tiefsten...“ veröffentlicht hatten, nach Fresenhagen (Nordfriesland) flohen. Dort entstand auch das 1980 erschienene vierte Album der Scherben, das heute als „Die Schwarze“ bezeichnet wird. 1985, nach der Veröffentlichung ihres fünften Albums „Scherben“ und ihres ersten Live-Alboms, lösten sie sich wegen hoher Schulden auf. Danach veröffentlichte Rio Reiser sein erstes Solo-Album und der Song „Der König von Deutschland“ wurde zu seinem größtem Erfolg.

Am 20. August 1996, während der Arbeit an seinem siebten Solo-Album, verstarb Rio Reiser an einem Herz- und Kreislaufzusammenbruch und den Folgen von inneren Blutungen. Die Authentizität und die Kraft seiner Songs inspirierte ganze Generationen hierzulande.

■ STEPHAN



RALFIS ÖKOTIPP

ÖKOLOGISCHES REISEN

Landschaften sind heute durch Hotels, Straßen und Parkplätze verschandelt, weil alle zur selben Zeit, am selben Ort Urlaub machen wollen.

Wenn ich als Tourist die Natur besuche, dann versuche ich sie so wenig wie möglich zu zerstören.

Hier einige Tipps:

1. Außerhalb der Saison reisen lohnt sich. So werden Hotels das ganze Jahr gleichmäßig ausgelastet und es fällt die Notwendigkeit weg, noch mehr zu bauen, weil sich der Massenandrang über das ganze Jahr verteilen würde.

2. Keine Flugreisen, denn Fliegen ist eine der Hauptursachen für die Erderwärmung.

3. Keine Autoreisen, ebenfalls auf Grund der Klimaveränderung. Wer außerdem nur im „Kasten“ sitzt, ist von der Welt abgeschnitten. Die Bahn bietet europaweit viele Sparangebote.

4. Lieber seltener aber länger reisen, statt mehrerer Kurzurlaube. Somit spart Ihr viel Geld, weil die Fahrtwege entfallen. Weniger Geld geht dann in die naturfeindliche Infrastruktur. Wo heute Schienen und Straßen sind, waren früher Wälder und stille Täler.

Was will ich denn überhaupt im Urlaub? Schon eine einsame Wanderung in den Bergen bringt mir Großes. Als Mitglied im Alpenverein kann man billig in Berghütten übernachten. Für Jugendliche ist es noch preiswerter.



DIE VORVORLETZTE SEITE

Person des Jahrhunderts



Das US-Nachrichtenmagazin „Time“ wählte George W. Bush zur „Person des Jahres“. Bush sei wegen seiner „kompromisslosen Führung“ und seines klaren Sieges bei der Präsidentschaftswahl bestimmt worden, hieß es in der Begründung von „Time“-Herausgeber Jim Kelly. Die traditionsreiche Auszeichnung wird seit 1927 dem Menschen verliehen, der das auslaufende Jahr am meisten verändert oder beeinflusst hat. Ein schnödes Jahr im Namen von Bush wird jedoch seiner Sache nicht gerecht, er erhält von uns den Titel „Person des Jahrhunderts“. Aus der Presseerklärung der unparteiischen Jury: „Wir vergeben

den Titel vorzeitig, 95 Jahre vor dem Ende des Jahrhunderts, an eine Persönlichkeit, deren Entscheidungskraft, rhetorischen Fähigkeiten und intellektueller Scharfsinn seinesgleichen sucht und suchen wird.

Er schickte die Söhne seines Landes in den »gerechten Krieg« nach Afghanistan und in das ferne Irak, auf das sie die Welt von Massenvernichtungswaffen und Terrorpaten befreien. Der durchschlagende Erfolg seines »Kreuzzugs« gegen die »Achse des Bösen« brachte ihm zurecht die Wiederwahl zum mächtigsten Mann der Welt ein.“

Die Redaktion gratuliert herzlichst!

„Sie haben mich verunterschätzt“ (O-Ton Bush) – die Weisheiten eines Universalgenies

Der Staatsmann

„Wenn wir eine Diktatur hätten, wäre alles Gott viel einfacher, solange ich der Diktator bin.“

„Dieser außenpolitische Kram ist ein bißchen frustrierend.“

Über sein Verhältnis zu Tony Blair:

„Wir benutzen beide Colgate-Zahnpasta.“

„Diese terroristischen Handlungen und, also, die Reaktionen darauf müssen aufhören, wenn wir das Grundgerüst – die Grundlagen – nicht das Grundgerüst, die Grundlagen für ein Grundgerüst für den Frieden diskutieren sollen, die Grundlagen legen – genau!“



Der Intellektuelle

„Was an Büchern mit am besten ist: Manchmal sind da ganz phantastische Bilder drin.“

„Ich glaube darin sind wir uns einig: Die Vergangenheit ist vorbei.“

„Ich weiß, was ich glaube. Ich werde auch weiter zur Sprache bringen, was ich glaube, und was ich glaube – ich glaube, was ich glaube, das stimmt.“

„Arbolist ... Schlagen Sie es nach. Ich weiß nicht, vielleicht hab ich mir das auch ausgedacht. Das ist jedenfalls ein Arbo-Baumologe, einer, der sich mit Bäumen auskennt.“

„Eine von unseren interessanten Initiativen in Washington, D.C. sind die Vampirbekämpfungsgeräte. Ein Vampir ist ein – ein Handydings, das man in die Steckdose steckt, um das Handy aufzuladen.“

Der Ökonom

„Das ist eindeutig ein Haushaltsplan. Es stehen viele Zahlen drin.“

„Der überwiegende Teil unser Importe kommt aus dem Ausland.“

„Und deshalb habe ich in meiner Lage der – meiner Lage der Nation – oder Lage – meiner Rede an die Nation, wie man das auch nennen will, Rede an die Nation – ich habe die Amerikaner gebeten, 4000 Jahre – 4000 Stunden in den nächsten – den Rest ihres Lebens – in den Dienst Amerikas zu stellen.“

„Es gibt ein paar Nationalparks, die sind so weitläufig, sie umfassen einfach so viel Land wie möglich. Und die integralen Bestandteile – die wertvollen Bestandteile sozusagen – das ganze Land ist vermutlich schützenswert, aber den Teil, den niemand zerstören will, wird nicht geplündert werden. Aber es gibt Teile der Nationalparks, in denen wir nach Öl bohren können ...“

**Am Mittwoch,
den 23. Februar
kommt Bush live
zu uns.**

**Bereiten wir ihm
einen würdigen
Empfang!**



7. Pankower Lichterkette

Am 27. Januar 2005 ist der 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz. Die Lichterkette, die dann in Pankow zum siebten Mal stattfindet, soll im Namen aller Opfer der Schoah, insbesondere an die 266 bekannten Pankower Bürger, welche in Auschwitz umgebracht wurden, erinnern.

Deshalb werden Pankower Schüler im Vorfeld diese Namen auf Tücher schreiben und diese in der Woche der Lichterkette an den Zaunfeldern des jüdischen Waisenhauses befestigen.

Die Lichterkette beginnt am 27. Januar 2005 um 18:00 Uhr vor dem Waisenhaus. Sie wird vom Bürgermeister eröffnet und führt Richtung Kirche bis zum Ende der Berliner Straße. Beim Zwischenstopp werden Hermann Simon, Schüler des Luxemburg – Gymnasiums und Vertreter des VVN-BDA sprechen. Im Anschluss findet in der Kirche eine ökumenische Andacht statt.

09. JANUAR 10:00 Uhr

Gedenkdemonstration

zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht
vom U-Bhf. Frankfurter Tor zum Sozialistenfriedhof in Berlin-Lichtenberg

15. JANUAR

Vernissage: „Mensch im Bild“

Malerei von Alex Bär (Schweiz)
Die Galerie ist dienstags von 15 - 17 Uhr und eine Stunde vor den Abendveranstaltungen geöffnet.
Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin/Prenzlauer Berg

5. FEBRUAR

Konzert

The Busters und QBall (Ska)
im SO36, Oranienstr. 190, Berlin/Kreuzberg

11.-13. FEBRUAR

Nato-„Sicherheits“konferenz in München

Die NATO-Staaten planen ihre Kriegspolitik in München. Wir sagen: Stoppt den globalen Krieg der NATO-Staaten!

Infos und Programm: www.no-nato.de

12. FEBRUAR

Konzert

10 Jahre „Special Guests“
in der Kalkscheune, Johannisstr. 2, 10117 Berlin

15. FEBRUAR ab 20:00 Uhr

„Punkrocktresen Spezial“

Umsonst und drin draussen mit *Cocktailsause*, *Grilldesaster* und *Bands für Umme*
Diesmal mit: The Hatepinks (Rock 'n Roll Punk aus Frankreich)

im Tommy-Weissbecker Haus (siehe Seite 24)

23. FEBRUAR

Bush kommt!

Zeigen wir dem Kriegspräsidenten was wir von ihm und seiner Politik halten!

weitere Infos in der Tagespresse

24. FEBRUAR 22:00 – 23:00 Uhr

Rotdorn live im Radio

Der Offene Kanal Berlin hat uns eingeladen. Die Musikredaktion werden wir auch übernehmen. Freut Euch also auf tolle Mucke und eine schöne Sendung.

in Berlin über 97,2 UKW oder 92,6 Kabel

6. - 8. JULI

G8-Treffen in Schottland

Die acht mächtigsten Länder der Welt kommen zusammen und stecken die Weltkarte nach ihren Interessen ab. Das werden sie nicht ungestört tun können. Langfristig laufen die Planungen für ein grosses Anti-G8-Event. Mehr in unserer Mai-Ausgabe. Das Wochenende aber schon mal frei halten!

PREISRÄTSEL

Gesucht werden diesmal die Seitenzahlen zu den gegebenen Bildausschnitten. Einfach die Karte ausfüllen, abschicken und mit etwas Glück gewinnt ihr einen von drei Rotdorn-Samplern!



Ausschnitt 1



Ausschnitt 2



Ausschnitt 3

Gewinner der letzten Ausgabe: Diana O., 17 Jahre, Petershagen;
Agnieszka B., 18 Jahre, Berlin;
Marcel D., 20 Jahre, Berlin

impressum

Rotdorn

erscheint 3–4 mal jährlich
und hat eine Auflage von
6000 Exemplaren
15. Jahrgang Nr. 40/05

v.i.S.d.P.

die Rotdornredaktion

Kontakt

Rotdorn
Postfach 870106
13161 Berlin
fon: (030) 44046156
e-mail: rottdorn@gmx.de
web: www.rottdorn.org

Bankverbindung

Inhaber: O. Krüger
Kontonummer: 4124544850
Bank: Berliner Sparkasse
BLZ: 10050000
Verwendungszweck: Rotdorn

Redaktionsschluß

31. März 2005

NAMENTLICH GEKENNZEICHNETE
ARTIKEL MÜSSEN NICHT IMMER
DER MEINUNG DER REDAKTION
ENTSPRECHEN.

Sagt uns Eure Meinung!

Den Rotdorn Nr.40 fand ich _____

Themenauswahl _____ (Note 1–6)

Aufmachung _____ (Note 1–6)

Bester Artikel der Ausgabe _____

Warum? Weil, _____

Deine Kritik: _____

Schreibt mal was über: _____

Ich habe den Rotdorn _____
(Ort bzw. Anlaß/Gegebenheit) erhalten

Ich lese den Rotdorn ☐ regelmäßig ☐ zum 1. Mal; zum _____ Mal

Ich bin _____ Jahre alt.



Sichert Euch die nächste Ausgabe: Abonniert kostenlos den Rotdorn!

☐ Ich abonniere kostenlos den
Rotdorn. (Die Portokosten
werden durch die Anzeigen ge-
deckt. Don't worry.)

Ich würde gerne ein paar mehr Rotdörner
verteilen.
Bitte schickt mir _____ Rotdörner.
Meine Telefonnummer ist die: _____

☐ Ich möchte die Rotdorngruppe
mal kennenlernen und zu einem
Treffen eingeladen werden.

☐ Ich möchte den Rotdorn-
Newsletter erhalten. Meine
e-mail-Adresse ist: _____



Globalisierung//Neoliberalismus//Sozialabbau//staatliche Repression//„Festung Europa“

Widerstand ist wichtiger denn je. Seit nunmehr 15 Jahren und mit der inzwischen 40. Ausgabe macht der Rotdorn politisch Druck. Die Möglichkeiten uns zu unterstützen sind vielfältig. Mach bei uns mit! Wir brauchen immer helfende Hände und kluge Köpfe. Oder Du willst den Rotdorn an Deiner Schule/Uni/Stammkneipe (wo auch immer) verteilen – wir senden den Rotdorn kostenlos zu Dir nach Hause. Entweder Du schickst uns die untenstehende Karte, sendest eine mail oder Du rufst einfach an (siehe Impressum auf der Vorseite). Und politische Arbeit kostet Geld – wir sind dringend auf Spenden angewiesen, die die Existenz und den Versand des Rotdorns sichern! Die Bankverbindung steht ebenfalls im Impressum auf der Vorseite und natürlich erhält jeder Spender auch ein kleines Dankeschön. Außerdem bieten wir die Möglichkeit zu günstigen Konditionen Anzeigen zu veröffentlichen – die Mediadata schicken wir gerne zu.

Lösung des Preisrätsels von der Vorseite:

Ausschnitt 1 befindet sich auf Seite

Ausschnitt 2 befindet sich auf Seite

Ausschnitt 3 befindet sich auf Seite

Name: _____

Anschrift: _____

Sagt uns eure Meinung! Benotet den Rotdorn, Themenauswahl und Aufmachung. Sagt uns welche Themen ihr vermisst habt und welche in die nächste Ausgabe sollen. Außerdem habt Ihr die Möglichkeit, uns auf der Rückseite etwas über Euch zu verraten. Natürlich haben die Antworten keinen Einfluss auf die Gewinnchancen.

Bitte mit
45 Cent
frankieren

An
Rotdorn
Postfach 870106
13161 Berlin

Wehr dich gegen die
WEHRPFLICHT

Montag bis Freitag
10 - 18 Uhr
Kopenhagener Str. 71
fon: 44 01 300



www.kampagne.de

Kriegsdienstverweigerungsberatung

Kampagne
gegen Wehrpflicht
Zwangsdienste
Militär